

NACHRICHTEN

»Gnadenfrist« für die Potse in Berlin: Der Räumungsprozess wurde unterbrochen.

3

PROJEKTE

Ein neues Projekt des Mietshäuser Syndikats: Warum die Kumi* 13 ein kleines Wunder ist.

5

BEWEGUNG

Seit 1984: Die Stunksitzung ist aus dem Kölner Karneval nicht mehr wegzudenken.

6

GENOSSENSCHAFTEN

Kooperativer Supermarkt: Der Super-Coop will Mitglieder statt Kund*innen werben.

7

CRITICAL CARE



▲ Eigene hochwassersichere Räume für Frauen

Foto: Heritage Foundation of Pakistan

Architektur für einen Planeten in der Krise

»Critical Care - Architektur für einen Planeten in der Krise« war der Titel einer Ausstellung im Architekturzentrum Wien im Sommer 2019, die sich mit der Rolle der Architektur für eine sozial gerechte gesellschaftliche Transformation beschäftigte.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

»In der Medizin bezeichnet Critical Care (Intensivpflege) ein Spezialgebiet, das sich der Diagnose und Behandlung lebensbedrohlicher Zustände widmet. Dazu gehören umfassende Lebenserhaltungsmaßnahmen für Schwerkranke.« (Critical Care: S.10) Die Ausstellungskurator*innen haben diesen Begriff entlehnt, um über den lebensbedrohlichen Zustand zu sprechen, in dem sich die Erde befindet. Und sie gehen davon aus, dass Architektur eine wichtige Rolle zu spielen hat im Umgang mit dieser Krise.

Die in der Ausstellung versammelten Projekte verbindet das Ziel,

soziale Gerechtigkeit zu befördern und der Klimakrise etwas entgegenzusetzen. Die Ausstellung versammelt »21 Beispiele des Sorgetragens in Architektur und Urbanismus für das 21. Jahrhundert« (ebd.: S.16), so die Kurator*innen in der Einleitung zum gleichnamigen Buch. Da geht es um Sorgetragen für Wasser, Grund und Boden, für Reparatur, für lokale Kenntnisse und Fähigkeiten, für den öffentlichen Raum, aber auch für eine nachhaltige und kollektive Produktion.

Zu den Akteur*innen des Sorgens gehören in fast allen Projekten auch die Menschen, die diese Räume benutzen sollen. Der Grad der Partizipation ist unterschiedlich, es gab aber eine nicht

unwesentliche Anzahl von Beispielen, die nicht nur eine Einbindung der Bevölkerung auf Augenhöhe vorantreiben, sondern die auch die Rahmenbedingungen für zukünftige Selbstorganisation schufen. Häufig treten Architekt*innen und Planer*innen als Vermittler*innen zwischen Bevölkerung und Politik auf; oft auch als Anwält*innen von marginalisierten Gruppen, die sie dabei unterstützen, ihre Rechte geltend zu machen. Einige dieser Projekte werden in diesem Schwerpunkt vorgestellt.

Seite 9 zeigt zwei Beispiele der sogenannten »Katastrophen-Architektur«. Im Gegensatz zu herkömmlicher Katastrophenhilfe setzen die Architekt*innen dabei auf traditionelle, lokal verfügbare

Materialien und Techniken und beziehen die Betroffenen beim Aufbau mit ein, sodass diese das Wissen wieder an andere weitergeben können und die Menschen unabhängig von Hilfe aus dem Ausland werden.

Auf Seite 10 wird die Wiederetablierung eines nahezu in Vergessenheit geratenen Commons in Spanien beschrieben. Außerdem gibt es einen kurzen Beitrag der die theoretische Herangehensweise der Ausstellungskuratorinnen erläutert. Wie Bewohner*innen informeller Siedlungen in Costa Rica kollektive Landrechte durch einen Community Land Trust bekommen konnten, erfahren Leser*innen auf Seite 11.

Auf Seite 12 wird ein Modellprojekt für die kollektive, gemeinwohlorientierte Entwicklung eines Stadtteils im Zentrum von Berlin vorgestellt, die Möglichkeiten einer Stadtentwicklung jenseits der Verwertungslogik bietet.

Im Buch zur Ausstellung kann mensch mehr über die Zugänge dieser Architekt*innen erfahren.

Angelika Fitz/Elke Krasny/Architekturzentrum Wien (Hg.): Critical Care. Architecture and Urbanism for a Broken Planet. Wien 2019.
Die Ausstellung ist ab dem 7. Februar in Berlin zu sehen: <http://www.daz.de/de/critical-care/>
Link zur Ausstellung:
azw.at/de/termin/critical-care-architektur-und-urbanismus-fuer-einen-planeten-in-der-krise

BUNDESREGIERUNG ENTSCHIEDET ÜBER HAMBACHER FORST

» Das ist Teil einer politischen Strategie «

Beim Kohlegipfel zwischen Bund, Ländern und Energiekonzernen am 17. Januar wurde unter anderem entschieden, dass Deutschland noch in diesem Jahr mit dem Kohleausstieg beginnt und der Hambacher Forst erhalten bleiben soll. Daraufhin forderte RWE-Chef Rolf Martin Schmitz die Aktivist*innen im Hambacher Forst auf, den Wald zu verlassen. Es gäbe nun keinen Grund mehr für sie, den Wald zu besetzen. Wir dokumentieren dazu eine Erklärung des Presseteams vom Hambacher Forst:

»Wir interpretieren [diese Entscheidung] als Teil einer politischen Strategie

mit dem Ziel, die Waldbesetzung zu delegitimieren. In den folgenden Punkten wollen wir klarstellen, dass das ein Angriff auf die Klimagerechtigkeitsbewegung ist. [...] Der Hambacher Forst ist nicht, wie die Regierung sagt, gerettet. Der neue vorgeschlagene Plan von RWE würde aus dem Wald eine Insel machen in der Grube, gegen die wir seit langem kämpfen. Das Ökosystem des 12.000 Jahre alten Waldes stirbt, weil immer noch Grundwasser abgepumpt wird. Wenn RWE den Plan umsetzt und um den Wald herum baggert, wird sich die Situation drastisch verschlimmern. Wenn

die Abbruchkante, welche jetzt noch etwa 50 Meter vom Wald entfernt ist, nicht vorher einstürzt, wird der Wald verdursten. Außerdem muss das Ökosystem Wald mit der Außenwelt verbunden sein. [...] Wir brauchen nicht auszuführen, wie wahnwitzig es ist, dass RWE 2,6 Milliarden Euro gezahlt bekommt für die Zerstörung von Dörfern und Lebensräumen.

Unser Protest richtet sich nicht nur gegen die Zerstörung des Waldes, es geht auch darum, jetzt mit der Kohle aufzuhören und es gibt viele weitere Gründe, warum die Besetzung im Hambacher Forst ein Kristallisations-

punkt in der Klimagerechtigkeitsbewegung und der radikalen Linken ist. [...] Der neue Vorschlag ist noch fataler als der der Kohlekommission. Er torpediert das Klimaabkommen von Paris. Das endgültige Ausstiegsdatum 2045 ist völlig inakzeptabel. Es ist auch viel zu spät, wenn RWE die Kraftwerke in NRW erst 2038 abstellt, während die Energiefirma Uniper die Genehmigung bekommen hat, »Blutkohle« aus Kolumbien und Russland zu verbrennen in dem neuen Kraftwerk Datteln4.

Der Kampf um eine bessere Zukunft für uns alle war schon immer solidarisch mit denen, die direkt betroffen sind. Wir

werden die Entscheidung nicht akzeptieren, dass die Dörfer bei Garzweiler 2 abgerissen werden. Wie wir für den Hambacher Forst kämpfen, so solidarisch sind wir mit denen, die um ihren eigenen Lebensraum kämpfen. Sei es im Rheinland, Russland, Kolumbien oder sonstwo. [...] Der Druck auf den Hambacher Forst mag reduziert sein, aber er steigt woanders. Das ist ganz klar ein Versuch, ein Symbol zu befrieden und auszuhöhlen. Wir schlagen deshalb vor, die subversive Energie über den Hambacher Forst hinauszutragen.«

Link: <https://hambacherforst.org>

INHALTSVERZEICHNIS

| | | | |
|---|----------------|---|-----------------|
| NACHRICHTEN RÄUMUNGSPROZESS DER POTSE | SEITE 3 | SCHWERPUNKT BARFUSSARCHITEKTUR, PAKISTAN KLASSENZIMMER FÜR GEFLÜCHTETE KINDER | SEITE 9 |
| PROJEKTE ANWESEND, FRANKREICH 35 JAHRE CONTRASTE | SEITE 4 | | SEITE 10 |
| PROJEKTE DIE KUMI*13 IN BERLIN | SEITE 5 | BEWÄSSERUNGSSYSTEM IN KATALONIEN ARCHITEKTUR DES SORGENS | SEITE 11 |
| BEWEGUNG KÖLNER STUNKSITZUNG | SEITE 6 | COMMUNITY LAND TRUST | SEITE 12 |
| GENOSSENSCHAFTEN SUPERCOOP, BERLIN STUDIENFAHRT IN DIE SCHWEIZ | SEITE 7 | DAS HAUS DER STATISTIK | SEITE 13 |
| THEORIE STÄDTISCHE UMWELTGERECHTIGKEIT | SEITE 8 | BIOTONNE DAS »SIRPLUS«-KONZEPT LOS GEHT'S 2020 | SEITE 14 |
| | | BILDUNG STUDENTISCHE PROJEKTTUTORIEN ZEITSCHRIFT »UNERZOGEN« | SEITE 15 |
| | | REZENSIONEN ORGANISATION DEMOKRATISCHER UNTERNEHMEN RECHT FÜR SELBSTHILFEGRUPPEN LÜTTEN KLEIN TÄTIGSEIN IN DER POSTWACHSTUMSGESELLSCHAFT VOM PROTEST ZUM SOZIALEN PROZESS | SEITE 16 |
| | | TERMINE KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM | |

contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe,

Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus

resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

.....
 : **Schnupperabo** :
 :
 • (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
 • 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)
 •
 :
 :

AKTION 2020

Liebe Leser*innen,

seit Jahrzehnten entsteht eine große grüne Wand in der dürren Sahelzone Afrikas. Mit vielen Bäumen, Büschen und Regeneration der Savanne soll diese einmal zu einem gewaltigen Schutz gegen die Ausbreitung der Sahara werden, inzwischen ebenso den Folgen der Erwärmung durch den Klimawandel entgegenwirken. Die Great-Green-Wall-Initiative ist ein riesiges Puzzle von vielen Bäuer*innen und örtlichen Initiative, koordiniert durch die Afrikanische Union. Begonnen hatten einzelne Bäuer*innen, die mit traditionellen Mitteln und eigens ersonnenen Methoden widererwartend erfolgreich wiederbegrünt hatten. Die Saat der Pionier*innen wuchs, immer mehr nahmen teil, auch mit sogenannten modernen Methoden. Heute machen ein Vielzahl von

Gemeinden über alle Grenzen hinweg mit beim Neuaufbau ihrer Lebensgrundlagen. Viel wurde erreicht, aber es gab auch viele Misserfolge bei der schwierigen Mission. Heute steht eine Auswertung an, mit dem Ziel, das Positive weiterzuerweitern.

Unsere Sahelzone in den Metropolen sind die Städte und Großstädte. Entgrünt können die vielen Menschen dort nur noch von außen ernährt werden. Deren Hunger nach Nahrung schafft Monokultur und Vernichtung von Lebensgrundlagen in allen Regionen der Welt. Der Transport der täglichen Gigatonnen frisst das »Klima« auf. Auch hier beginnen Pionier*innen damit, die Städte durch mehr Grün und andere Methoden hitzeerträglicher zu machen. Andere haben mit der Umsetzung einer »essbaren« Stadt begonnen. Wir könnten eine Great-Green-Town-Initiative starten und die Afrikanische Union um deren Koordination bitten.

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Grafik: Eva Sempere

AN DER RADARFALLE

VON ULI FRANK

Neulich kommt mir auf schnurgerader Straße eine Schlange von Autos entgegen, von denen eines ununterbrochen den Gegenverkehr anblinkt: Warnung vor einer »Radarfalle«! Ich schaue auf den Tacho, er zeigt: 65 km/h an – erlaubt sind 70. Beruhigt lehne ich mich zurück und fahre entspannt weiter. Da leuchten plötzlich vor mir helle Bremsleuchten auf. Zwei SUVs der gehobenen Klasse bremsen scharf ohne ersichtlichen Grund und lösen fast einen Auffahrunfall aus. Jetzt sehe ich es auch: Dort rechts auf dem Bürgersteig steht ein mobiles Radar-Gerät! Die beiden SUVs sind reflexartig wie ertappte Übeltäter in einen Schleichmodus verfallen und passieren die Radarfalle mit höchstens 50 Stundenkilometern.

Wie ist das zu erklären, dass offensichtlich gut situierte Bürger vor einer derart harmlosen Geschwindigkeitskontrolle anscheinend kaum kontrollierbare Emotionen entwickeln, sodass sie völlig unnötig, übertrieben und sogar unter Gefährdung anderer auf die Bremse treten? Finanziell dürfte die mögliche Strafe für sie kaum ins Gewicht fallen.

Auch im Internet wird dieser Brems-Reflex bei »Blitzern« ernsthaft als Problem diskutiert. Von Verkehrspsychologen wird auch immer mal wieder aufgrund empirischer Untersuchungen vermutet, dass diese Kontrollen keinerlei nachweisbare Wirkung auf die Verkehrssicherheit haben. Die Polizeigewerkschaft verteidigt sie damit, dass es darum gehe, »Flächendruck« zu erzeugen – mit anderen Worten also darum, die Regelbefolgung durch Angst vor Kontrolle und Strafe zu verbessern.

Die Werbung bedient das Selbstbild des autonomen Subjekts und verwendet mit Vorliebe das Klischee des selbstbewußten, großartigen Individuums, das einmalig ist und sich nicht einfach anpasst und gesellschaftlichen Normen unterwirft: »Typisch Du: Nur mit dem Besten zufrieden!«, so die aktuelle Vodafone-Werbung auf dem Jentower in Jena; oder die von eplus: »Für mich, nicht für irgendwen!«; oder die bekannte Zigaretten-Werbung: »Es war immer schon etwas teurer, einen besonderen Geschmack zu haben.«

Schon merkwürdig, wie leicht dieser angeblich so starke Typ zu erschüttern ist: eine Uniform, ein Blitzler, genügt um Untertanenreflexe zu erzeugen – auch wenn es wohl übertrieben wäre, dieses spontane Wegducken immer noch mit dem Typ des »autoritären Charakters« in Verbindung zu bringen, den Fromm, Adorno und andere in den 1930er Jahren besonders in Deutschland analysierten.

Eine angepasste Geschwindigkeit im Straßenverkehr ist zweifellos ein hohes gesellschaftliches Gut, das sehr erwünscht ist – allerdings: Wenn dieses Ziel über Kontrolle und Strafandrohung und »Flächendruck« erzeugt werden muss, steht es im Widerspruch zum immer wieder geforderten »mündigen Bürger«. Anders der Verkehrspsychologe Karl-Friedrich Voss: Er appelliert an das Bewusstsein der Bürger*innen für mehr Selbstkontrolle. »Der Übergang von der Fremdzur Selbstkontrolle würde die Sicherheit im Straßenverkehr erheblich erhöhen. Die Akzeptanz dieser Ordnung ist eine Kulturleistung.«

Geschenk für neue Abonnent*innen

Auf die nächsten 14 Abonnent*innen wartet ein lesenswertes Geschenk: Wir haben vier Mal das »Elevate: Ein Handbuch für morgen - A Manual for Change« sowie zehn Mal »Das Kommunebuch: utopie.gemeinsam.leben« zu vergeben. Also sendet eine Mail an abos@contraste.org und schließt ein Jahresabo oder eine Fördermitgliedschaft der CONTRASTE ab. Die Aktion gilt nicht für Schnupperabos.

Elevate: Ein Handbuch für morgen - A Manual for Change

Herausgeber: Elevate Festival

Mit kreativen Ideen und praktischen Beispielen die Welt verändern? Wie das gehen könnte, verraten in diesem Buch engagierte Persönlichkeiten und zivilgesellschaftliche Initiativen aus aller Welt.

Das Kommunebuch: utopie.gemeinsam.leben

Herausgeber: Kommuja - Netzwerk der politischen Kommunen

Bereits in den 1970er Jahren entstanden Orte, an denen Menschen Geld teilen, Produktionsmittel gemeinsam besitzen und den Alltag zusammen gestalten. Das Buch richtet sich sowohl an am Kommuneleben interessierte Personen als auch an diejenigen, die bereits in solchen Gemeinschaften leben.

Mehr Infos findet ihr unter: www.contraste.org/abo/

Die Sahelzone wird grün

Wir danken den Spender*innen

| | |
|-----------------|--------|
| S.G. | 200,00 |
| H.M. | 92,00 |
| G.E.. | 50,00 |
| betterplace.org | 97,49 |
| B.D. | 9,00 |
| S.N. | 25,00 |
| L.C.+M.L. | 8,00 |
| M.S. | 300,00 |
| S.H. | 30,00 |
| S.S.+G. | 100,00 |
| R.B. | 50,00 |

Heinz Weinhausen

Spendedicker »Aktion 2019«

● 35,84 % finanziert 2.508,99 Euro Spenden 4.491,01 Euro fehlen noch

.....
 : Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **4.491,01 Euro**. :
 :
 :

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

Räumungsprozess unterbrochen



▲ Die Frei(T)räume-Demo im November 2017 kam auch an den selbstverwalteten Jugendzentren Potse und Drugstore vorbei.

Foto: Tim Lüddemann

Historisch: Freispruch für Klima-Aktivist*innen

Es könnte ein wegweisendes Urteil sein, das jüngst bei einem Prozess gegen zwölf Schweizer Klimaaktivist*innen gefällt wurde. Wie die Wochenzeitung WOZ berichtete, wurden sie von den Vorwürfen des Hausfriedensbruch und des Widerstands gegen Anordnungen der Polizei freigesprochen, weil der Richter ihnen zugestand, ihre Aktionen aus einem »rechtfertigenden Notstand« durchgeführt zu haben. Im November 2018 hatten die Aktivist*innen in einer Niederlassung der Credit Suisse (CS) Tennis gespielt, um gegen die Investitionspolitik der Großbank zu protestieren, die mit dem populären Tennisstar Roger Federer werbe und gleichzeitig Geld in klimaschädliche Projekte und Unternehmen investiere. Die CS erstattete Anzeige, und die Staatsanwaltschaft verurteilte die Aktivist*innen daraufhin zu Geldstrafen in Höhe von 21.000 Franken. Nachdem die Strafbefehle angefochten wurden, kam es zum Prozess – in dem die Beschuldigten alle Aktionen anerkannten. Der Richter befand allerdings, dass diese angemessen und notwendig waren, um die Bank zu einer Stellungnahme zu bewegen.

Link: www.woz.ch/2003

Potse und Drugstore

Der Drugstore ist das älteste selbstverwaltete Jugendzentrum Berlins. Es wurde im September 1972 im Berliner Ortsteil Schöneberg eröffnet und ermöglicht seitdem Jugendlichen, Veranstaltungen und Konzerte selbst durchzuführen. In den 1980er Jahren wurde in derselben Etage des Hauses der Jugendtreff Potse eröffnet. 1987 verkaufte der Senat das Gebäude, in dem sich sowohl Drugstore, Potse und die Kinder- und Jugendeinrichtung PallasT befinden, an die BVG. Dies hatte vorerst keine Auswirkungen auf das Jugendzentrum. Über die Jahre hinweg war der Drugstore allerdings mehrfach von der Schließung bedroht. 1991 sollte dem Drugstore der Nutzungsvertrag wegen eines an der Außenfassade angebrachten Anti-Kriegs-Transparents gekündigt werden. 1994 konnte eine von der BVG geforderte Mieterhöhung für alle drei Einrichtungen vom Bezirk abgewandt werden. 1998 erhöhte die BVG gegenüber der Stadt die Miete, woraufhin der Bezirk für den Auszug des Drugstores stimmte. Mit einem Konzert vor dem Schöneberger Rathaus und der darauf folgenden Besetzung des Rathauses wurde der drohende Umzug damals abgewandt. Im Jahr 2008 verkaufte die BVG im Zuge des Umzugs in die neue BVG-Zentrale das Gebäude an der Potsdamer Straße 180 an ein Investorenkonsortium. Ein Weiterverkauf der Investoren an eine Firma der Intown Gruppe führte schließlich zur Kündigung der Räume durch den Bezirk Tempelhof-Schöneberg zum 31. Dezember 2015. Die Kündigung konnte um mehrere Jahre verschoben werden. Anfang Januar 2019 endete der Mietvertrag für die Räume beider Jugendzentren in der Potsdamer Straße 180 endgültig.

Links:
<http://www.drugstore-berlin.de/>
<https://potse.squat.net/>

Quelle: Wikipedia

Für den 8. Januar war in Berlin der Räumungsprozess des Jugendamts Tempelhof-Schöneberg von Berlin gegen den Potse e.V. anberaumt. Der Prozess endete allerdings vorzeitig, weil die Anwälte des Vereins den Saal verließen. Sie hatten einen Befangenheitsantrag gestellt – der Richter wollte trotzdem weiter verhandeln.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Vor einem Jahr schon sollten die selbstverwalteten Jugendzentren Drugstore und Potse die Schlüssel abgeben. Der Mietvertrag war Ende 2018 ausgelaufen und nicht verlängert worden. Die Schlüsselübergabe fand aber nur für den Drugstore statt, um den Trägerverein »Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Berlin« vor Regressansprüchen zu schützen. Die am selben Tag angelegte Schlüsselübergabe des Jugendtreffs Potse an den Bezirk platzte hingegen. Die Jugendlichen blieben und halten die Räumlichkeiten in der Potsdamer Straße 180 seitdem besetzt.

Der Räumungsprozess am 8. Januar fand in einem Hochsicherheitsaal statt. »Es ist bezeichnend, wenn in einer Stadt wie Berlin der Prozess gegen ein Jugendzentrum in einem Hochsicherheitsaal verschoben wird, während Faschos, wie in Neukölln, ungestört wüten können«, so Mona, eine Besucherin der Potse. Rund 80 Unterstützer*innen hatten sich mit Musik und Transparenten vor dem Gericht eingefunden, um sich solidarisch zu zeigen. In den Saal selbst passten nur 30 Zuschauer*innen – sie mussten allerdings durch strenge Kontrollen. »Damit wurde ein Teil der Öffentlichkeit bewusst ausgeschlossen«, hieß es in einer Pressemitteilung der Potse.

Wie die Tageszeitung »neues deutschland« berichtete, mussten Handys und Taschen draußen bleiben und alle Personen wurden gründlich durchsucht. »Die Kontrollen waren absurd. Wir wurden abgetastet und mussten unsere Schuhe ausziehen, einer musste sogar ohne reingehen«, sagte Potse-Sprecher Paul gegenüber dem »nd«. Erst eine Stunde nach geplantem Prozessbeginn erreichten auch die letzten den Saal und das Verfahren konnte beginnen.

Die Sicherheitsauflagen wurden nicht nur von den anwesenden Unterstützer*innen kritisiert, sondern auch vom Anwalt der Potse, Lukas Theune. Sie werfen dem Richter aufgrund der von ihm erlassenen Sicherheitsverfügung, dass unter 16-Jährige nicht in den Gerichtssaal dürfen, Befangenheit vor. »Jugendliche werden ausgeschlossen, obwohl es hier um einen Jugendclub geht. Sie haben aber das Recht, dabei zu sein«, so Potse-Anwalt Lukas Theune. Ein erster Befangenheitsantrag wurde vom Richter abgelehnt, woraufhin der Anwalt einen weiteren Befangenheitsantrag einreichte. Als dieser vom Richter missachtet wurde und er den Prozess fortführen wollte, verließen die Anwälte und die Vereinsvorstände den Saal.

Die Befangenheitsanträge müssen nun von einem anderen Richter geprüft werden. Das kann einige Wochen dauern. Für Potse-Sprecher Paul eine »Gnadenfrist«: »Es wird wohl zur Räumung kommen, wenn uns keine anderen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden«, sagt er gegenüber dem »nd«. Auch wenn die Berliner Landesregierung in seinen Augen damit »das letzte bisschen Vertrauen« verspielen würde.

»Wir müssen davon ausgehen, dass Rot-Rot-Grün als die Regierung in die Geschichte eingehen wird, die das letzte selbstverwaltete Jugendzentrum Berlins geräumt hat.«

Das Motto der linken Kulturprojekte Potse und Drugstore lautet »Von Punks für Punks – ein Veranstaltungsort für Parties und Konzerte zum Nulltarif«. Seit den 1970er Jahren sind sie wichtige Anlaufstellen für Jugendliche (siehe Infokasten). Nach der Kündigung des neuen Hauseigentümers hat sich der Bezirk Tempelhof-Schöneberg zum alternative Räumlichkeiten bemüht. Aus Sicht von Drugstore und Potse sind diese aber schlecht geeignet und existenzgefährdend, weil sie nicht zum Veranstaltungskonzept passen: In den kleineren Räumen können aufgrund von Lärmschutzgründen keine Konzerte stattfinden. Die Räume in der der Potsdamer Str. 134-136 waren ab Juli 2019 zugesichert, sind aber immer noch nicht bezugsfertig. Nun sollen sie voraussichtlich im zweiten Quartal 2020 fertiggestellt werden. Eine Nutzung durch die Potse ist seitens des Bezirks nicht eingeplant. Neue Räumlichkeiten stehen für die Potse ebenfalls nicht in Aussicht.

Für die Potse ist klar, dass sie ohne Ersatz die Potsdamer Str. 180 nicht verlassen können. Die notwendige Jugendarbeit im Schöneberger Norden würde sonst wegfallen, schreiben die beiden Projekte in einer Pressemitteilung. Die Potse sei weiterhin offen für Gespräche, die zu Ersatzräumen führen. Dass der Bezirk darauf bis jetzt nicht eingegangen ist, zeige auch die Ablehnung einer Mediation, welche im Sommer 2019 vom Landgericht Berlin vorgeschlagen wurde.

Hausbesetzung in Kiel

Für knapp eine Woche wurde im Januar eine Villa des Immobilienkonzers Vonovia in Kiel-Friedrichsricht besetzt. Die Hausbesetzer*innen nutzten das 180 qm große Haus, das seit zwei Jahren leer steht, in dieser Zeit als soziales Zentrum und Wohnraum. Mit dieser symbolischen Besetzung wollten sie auf das Kieler Wohnraumproblem und Vonovias ausbeuterischen Umgang mit Mieter*innen aufmerksam machen. In einer Pressemitteilung schreiben sie: »Es kann nicht sein, dass zahlreiche Häuser und Wohnungen in Kiel leer stehen, während Menschen auf der Straße leben müssen, Wohnraum fehlt und nicht genug Platz für selbstverwaltete Freiräume da ist. Solange Vermieter*innen wie Vonovia den eigenen Profit über das Wohlergehen der Mieter*innen stellen, sollten diese Vermieter*innen keinen Wohnraum mehr besitzen dürfen. Deswegen nahmen wir die Enteignung Vonovias nun selbst in die Hand.« Und es soll weitere Aktionen geben: »Dies war nur ein allererster Probelauf. Beim nächsten Mal bleiben wir länger«, so die Aktivist*innen.

Link: <https://bezahlbar-wohnen.org/quellensammlung/>

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Solidarischer Handel mit selbstständigen Erzeugern in Oaxaca - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg

Telefon: 040-20906892 * Fax: -93

www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de



▲ Ein Banner von der Kundgebung, die während des Räumungsprozesses gegen Potse e.V. stattfand.

Foto: ReclaimYourClub / Twitter

PROJEKTE

JUGENDHILFE, BILDUNG, KUNST UND KULTUR

Wir sind »Anwesend«

Alles fing mehr oder weniger mit einem Scherz an. Doch tatsächlich ließen vier junge Menschen im letzten Jahr ihr Leben in Kassel hinter sich, um endlich ihren lang ersehnten Traum von einem Ort, an dem sie selbstbestimmt, gemeinschaftlich und naturnah leben und arbeiten können, in die Realität umzusetzen. Anfang Oktober feierten sie mit ihren Familien, Freund*innen und der Ortschaft den Geburtstag des Projekts »Anwesend«.

YANNIC, MAIKE, BEAT, JOHANNES & MARINA,
ANWESEND

Yannic war vor zwei Jahren in Frankreich und restaurierte einen Bauwagen. So kam er auf das idyllische Flussgrundstück in der Nähe von Dijon, auf dem neben dem Bauwagen vier Häuser und eine große Scheune stehen. Er lernte den Eigentümer Röne kennen, einen Sozialarbeiter, der sich einst in das Grundstück verliebte und es kaufte. Da er sich altersbedingt nicht mehr richtig um das Grundstück kümmern könne, wie er Yannic mitteilte, suche er nach Menschen, die das Grundstück übernehmen möchten. Yannic erwiderte daraufhin scherzend, dass er es sofort kaufen würde. Da sich die beiden von Anfang an ziemlich gut verstanden, war Röne überaus interessiert. Aus dem Spaß entwickelten sich ernsthafte Gedanken und wir planten, durchdachten und erstellten ein Konzept, wie wir unsere Zukunft auf dem Grundstück gestalten könnten. Zweifel plagten uns, wie wir das Ganze finanzieren können, und brachten das Ganze fast zum Kippen. Doch als uns Röne letztendlich das Angebot machte, die ersten Jahre nur für die laufenden Kosten dort zu leben und uns somit maßgeblich den Einstieg in



▲ Die »Anwesenden« von links nach rechts: Marina, Yannic, Johannes, Beat, Maïke

Foto: Anwesend e.V.

unser Projekt erleichterte, stand uns nichts mehr im Wege.

Wir, die »Anwesenden«, das sind Yannic, Maïke, Beat, Johannes und Marina. Wir haben viele Jahre in den Bereichen (Sozial-)Pädagogik, Erziehung, Musik, Kunst, Verwaltung, Handwerk und Design gelernt und gearbeitet. In gemeinsamen, meist ehrenamtlichen Projekten in Kassel haben wir uns kennengelernt. Vor zwei Jahren gründete ein Teil von uns das audiovisuelle Performance-Kollektiv »eigenklang«, mit dem wir an den verschiedensten Orten interaktive Musikevents veranstalteten. Schnell entwickelten wir eine Faszination für die Verbindung unserer Wirkungsbereiche – vor allem für die Verknüpfung von Pädagogik und

künstlerisch-handwerklichem und musikalisch-kreativem Tätigsein. Im Rahmen der Projektvorbereitungen gründeten wir den gemeinnützigen Verein Anwesend e.V., der sich insbesondere für die Förderung der Jugendhilfe, Umweltbildung, Kunst und Kultur einsetzt und explizit auch inklusive Angebote für Menschen mit Behinderung schaffen möchte.

Dies alles lässt sich nun hier in Frankreich realisieren. So möchten wir neben inklusiven musik- und erlebnispädagogischen Freizeiten auf dem Anwesend eine längerfristige individualpädagogische Unterbringung für eine*n Jugendliche*n ermöglichen. Außerdem möchten wir insbesondere sozialen Organisationen Raum für eigene Projekte oder

Veranstaltungen wie z. B. Seminare oder Festivals geben. Wie schon in den letzten 30 Jahren sind Urlaubsgäste bei uns herzlich willkommen. Unser interaktives Musikstudio, das Atelier und die Werkstatt bieten allen Interessierten Möglichkeiten für einen kreativen Aufenthalt. Wir haben viel vor und ständig kommen neue Ideen von uns und auch von außen. Es freut uns sehr, dass wir bereits viele Anfragen von Menschen bekommen haben, die zum Teil schon selber in ähnlichen Projekten gewohnt haben und uns besuchen kommen und partizipieren möchten.

In den letzten Monaten hat sich schon einiges getan auf dem Anwesend. Die ersten Wochen nutzten wir zum Entrümpeln und Gestalten

unseres Wohnhauses und des Musikstudios. Außerdem arbeiteten wir an Flyern, unserer Homepage sowie daran, Menschen auf uns aufmerksam zu machen. Im Dezember machten wir mit eigenem Klang eine Deutschlandtour, bei der wir allen Neugierigen vom Anwesend erzählten. Anschließend feierten wir mit vielen tollen Menschen Silvester auf dem »Anwesend«. Wir glauben, dass noch nie so viele Menschen gleichzeitig auf dem Grundstück waren – wir haben die Dorfbevölkerung zu diesem Zeitpunkt verdoppelt!

Momentan sind wir gerade dabei, uns zu organisieren, zu strukturieren und die vielen Räume, die wir haben, zu gestalten und für den Frühling vorzubereiten. Dazu gehört, eine geschäftliche Organisationsform außerhalb unserer Vereinsarbeit zu finden, das Leben innerhalb unserer Gemeinschaft zu gestalten und unseren Permakulturgarten zu planen. Langfristig wünschen wir uns Komposttoiletten, Baumhäuser und eine großzügige Sauna am Fluss. Es gibt viel zu tun und wir freuen uns sehr über Menschen, die uns mit ihren Fähigkeiten unterstützen möchten!

Im Sinne von Joseph Beuys ist für uns jede schöpferische Tätigkeit Kunst, deswegen heißen wir in unserer Artist-Residence nicht nur Musiker*innen und bildende Künstler*innen willkommen, sondern auch Expert*innen in Bereichen wie Permakultur, Elektrizität, Handwerk, Medien oder Pädagogik.

Link und Kontakt: www.anwesend.fr

Um das Projekt ins Laufen zu bringen und erste Reparaturen und Investitionen tätigen zu können, hat Anwesend eine Crowdfunding-Kampagne gestartet: www.startnext.com/anwesend

TAUSCHLOGIKFREI ODER GENOSSENSCHAFTLICH?

Podiumsgespräch zwischen den Generationen



▲ Gespräch zwischen den Generationen: Tobi Rosswog, Gisela Notz, Brigitte Kratzwald, Regine Beyß und Burghard Flieger (v.l.n.r.)

Foto: Hubi Cramer

Zur CONTRASTE-35 Jahre Jubelfeier Mitte Januar in Köln hatten wir zum Gespräch zwischen den Generationen eingeladen: Burghard Flieger, langjähriger Redakteur der CONTRASTE-Genossenschaftsseiten, Gisela Notz, Soziologin und CONTRASTE-Autorin der ersten Stunde, Regine Beyß, CONTRASTE-Koordinatorin seit 2018 und Living-Utopia-Aktivist Tobi Rosswog. Es moderierte Redakteurin Brigitte Kratzwald.

ARIANE DETTLOFF UND HEINZ WEINHAUSEN,
REDAKTION KÖLN

Gisela Notz berichtete, dass sich Ende der 1970er Jahre der Theorie-

arbeitskreis Alternative Ökonomie »Tak-AÖ« bildete. Dieser strebte vor allem selbstbestimmtes Arbeiten für die Gesellschaft an. Als Anfang der 1980er Jahre aus den »Projektmesen« in Oberursel bei Frankfurt heraus die CONTRASTE entstand, brachten Autor*innen aus dem TAK-AÖ viele Artikel ein.

Wirtschaftswissenschaftler Burghard Flieger erinnerte an die Gründungsjahre der CONTRASTE – zunächst noch mit dem Titel »Wandelsblatt«, das dann vom »Handelsblatt« wegen »Verwechslungsgefahr« (!) verboten wurde. Damals war die Redaktionsarbeit – so Burghard – geprägt von

regener Teilnahme wie auch von heftigen Auseinandersetzungen bis hin zu persönlichen Angriffen und Austritten. Die Zusammenarbeit heute bei der CONTRASTE sei hingegen sehr freundlich. Das Themenspektrum habe sich vom Schwerpunkt »Selbstverwaltete Betriebe« hin zu selbstorganisierten Projekten und Bewegungen geöffnet.

Regine Beyß hat nachhaltiges Wirtschaften und Journalistik studiert. Sie will vor allem Herrschaftsverhältnisse abschaffen – in allen gesellschaftlichen Bereichen. 2014 stieg sie in die Kasseler Kommune »Villa Locomuna« und in die CONTRASTE-Redaktion ein. Sie schätzt es, ohne Chef zu arbeiten.

Tobi Rosswog erzählte von seinem Schlüsselerlebnis bei einer »Kulturellen Landpartie« im Wendland. Die Pizza kostete dort drei bis sieben Euro, nach Selbsteinschätzung. Darüber gelangte er zur Wertkritik und der Überzeugung, dass die ganze Tauschlogik eine Fehlentwicklung sei und begann mit Experimenten, diese zu überwinden. Er mitbegründete das »Move Utopia«, wo 2017 mehr als 1.000 Besucher*innen übten, beizutragen statt zu tauschen. Heute lebt er im Funkenhaus in Greene (CONTRASTE Nr. 424).

Im weiteren Gespräch wurden verschiedene Formen von Selbstorganisation angesprochen, insbesondere die von Genossenschaften und tauschlogikfreien Kollektiven. Burghard Flieger betonte, dass die Genossenschaften ein wichtiges demo-

kratisches Prinzip enthielten: ein Mensch, eine Stimme – unabhängig von der Höhe der jeweiligen Einlage. Und dass deren jeweils beschlossene festgelegte Struktur über viele Jahre gelte und so Sicherheit schaffe. Dies sei gerade auch für größere Genossenschaften vonnöten, die er anstrebe, damit sie gesellschaftliches Gewicht bekämen. Dies unterstützte Gisela Notz. Sie überraschte damit, als sie erzählte, dass sie in einer Schweinfurter Arbeitersiedlung mit gärtnerischer Subsistenz, Konsumgenossenschaft und beträchtlicher Nachbarschaftshilfe groß geworden wäre.

Tobi Rosswog fand es wichtig, in einer Gemeinschaft oder einem Netzwerk in den Formen nicht festgelegt zu sein. In seinem Kollektiv wäre es möglich, zu experimentieren und Verschiedenes auszuprobieren. Pragmatische Offenheit oder verlässliche Strukturen? Regine Beyß ist klar geworden, dass es nicht einen richtigen Weg gibt. Jede Gruppe, jede Richtung hat ihren Sinn und Berechtigung. Gegenüber den Zeiten der ideologischen Auseinandersetzungen, die ja auch in den ersten Jahren der CONTRASTE intensiv gelebt wurden, sieht sie heute eine große Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Und sie ist sich gewiss: »Irgendwann treffen wir uns.« Mit ihrem Hinweis, dass viele in ihren Zusammenhängen tauschlogikfrei agieren wollen, in der Realität aber doch viel über

Geld reden würden, wies sie auf die bestehenden Sachzwänge im Kapitalismus hin.

Nicht zuletzt: Ein Beitrag aus dem Publikum brachte die Ohren der Redakteur*innen zum Glücken: »Ich bin ein langjähriger Leser. Die CONTRASTE hat mich immer wieder geerdet in Positivismus. Ganz viele Inhalte, die mich weiter getragen haben, habe ich aus der CONTRASTE. Und da bin ich total froh, dass ihr diese ganze Arbeit auf euch nehmt.«

CONTRASTE-Winterplenium

Am 16./17. Januar trafen wir uns zu acht beim Kölner SSM. Mit großer Freude begrüßten wir Marlene Seibel als neues Redaktionsmitglied. Sie ist Publizistin und Yogalehrerin. Sie lebt in einem ländlichen Gemeinschaftsprojekt in Barnstedt. Beitragen möchte sie im Bereich Kunst und Kultur. Wie stets schauten wir auf unser CONTRASTE-Halbjahr zurück und besprachen unsere zukünftigen Vorhaben, insbesondere die kommenden Schwerpunkte.

In der anschließenden Mitgliederversammlung des CONTRASTE-Vereins würdigten wir die langjährige Vorstandsarbeit von Sabine Conti. Sie hatte um Ablösung gebeten. Gewählt wurde Redakteurin Ariane Dettloff zur Nachfolgerin. Schon jetzt laden wir nach Wien ein zu unserem Sommerplenium vom 3. bis 5. Juli.

NEUES HAUSPROJEKT DES MIETSHÄUSER SYNDIKATS IN BERLIN

»Wunder geschehen immer wieder?«

»Dieses Haus ist dem spekulativen Wohnungsmarkt nun dauerhaft entzogen.« Ein eher beiläufig geäußertes Satz beim ersten Tag der offenen Tür führte zu einem spontanen, intensiven Applaus aller Anwesenden im Eingangsportal. Die Kumi*13, das neu entstandene Hausprojekt des Mietshäuser Syndikats im Schöneberger Norden, hatte Anfang Dezember 2019 die Nachbarschaft und die interessierte Öffentlichkeit eingeladen, die gerade erworbene und in selbstverwaltetes Gemeineigentum überführte Immobilie zu besuchen und über die entstehenden Möglichkeitsräume gemeinsam zu diskutieren.

HOLGER LAUNGER & STEFFI MÜLLER, KUMI*13

Angesichts des überhitzten Berliner Wohnungsmarkts ist das ein außergewöhnliches Angebot. Sind doch die Lebensräume im Berliner Innenstadtbereich gegenwärtig massiv durch gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet: rapide steigende Bodenpreise und Mieten und eine latente Verdrängung von finanziell schwächer aufgestellten Bevölkerungsschichten oder Institutionen prägen die Stimmung. Diese bedrohlichen Prozesse wirken aktuell ebenso im erweiterten Umfeld von Potsdamer Straße, Kurfürstenstraße und Bülowstraße, der unmittelbaren Nachbarschaft der Kumi*13. Kapitalstarke Player wie beispielsweise der Konzern Sony Music oder die Lagrange Group drängen mit Großprojekten in den Kiez, während kleinere Institutionen wie die selbstverwalteten Jugendzentren Potse und Drugstore (siehe Artikel auf Seite 3) vor dem Aus stehen.

Elemente für das Gelingen

Die wundergleiche Geschichte der Kumi*13 gründet auf einem äußerst seltenen Phänomen: Ein mondänes fünfstöckiges Schöneberger Bürgerhaus (Baujahr 1875) mit zwei Höfen, Werkhalle, kleiner Remise und einer Tiefgarage (Baujahr ca. 1929) ist zu Beginn des Jahres 2019 mit seinen Wohn- und Gewerbeflächen nicht voll ausgelastet. Die denkmalgeschützte Immobilie befindet sich in sehr unterschiedlichen Sanierungszuständen. Die nutzbaren Flächen werden zu diesem Zeitpunkt von fünf Mietparteien wie auch der Eigentümerin und ihrer Tochter belegt. Für die Eigentümerin im Seniorenalter ist es eine kürzlich ererbte Erbschaft, für die eine stattliche Erbschaftsteuer ansteht. Sie muss sich entscheiden, ob sie die Immobilie verkaufen oder die Verwaltung des Hauses lukrativ entwickeln will. Zu Beginn des Jahres teilt sie ihren Mieter*innen ihre Verkaufsabsicht mit.

1. Die Gruppe

Das eindrucksvolle Haus birgt erkennbar mehr Entwicklungspotential und eine Mieterin weiß von der sozialen Raumanneignungsstrategie des Mietshäuser Syndikats. Freund*innen, Bekannte und die anderen Mieter des Hauses werden daraufhin angesprochen. Es bildet sich eine Gruppe von zwölf Personen, unter ihnen drei Mietparteien des Hauses. Ein Großteil der Gruppe kennt sich untereinander bisher nicht. Viele sind im weitestgehenden Sinn »Kunst- und Kulturschaffende«. Sie sehen in der Aneignung der Immobilie die Chance, einen Ort zu entwickeln, an dem mit Mitteln der Kunst soziale Praxis gelebt werden kann. Individuelle und soziale Handlungsspielräume sollen neu gedacht und erweitert werden, der Ort soll in den Kiez wirken. Ihr Augenmerk



▲ Gemeineigentum, Selbstorganisation, Solidarität: Das MHS-Hausprojekt Kumi*13 wird ein Strukturen bildender, stadtpolitischer Akteur sein. Foto: Kumi*13

legt sich dabei auch auf die Potentiale der baufälligen Werkhalle, die auch nach der Sanierung als ein »Experimentierfeld der Selbstorganisation« von einem Verwertungsdruck freigehalten werden soll. Für das Hausprojekt »Kumi*13« sind sie auch bereit, absehbar mehr Miete zu bezahlen als an ihren bisherigen Wohnstätten. Gleich einer »Taskforce« bildeten sie eine geschlossene Gruppe bis zum erfolgreichen Abschluss des späteren Hauskaufs. Ihre Stärken: Lernbereitschaft, Vertrauen zueinander, Bemühen um Aufmerksamkeit und Kommunikationskultur.

2. Milieuschutz

Der Schöneberger Norden ist ein ausgewiesenes soziales Erhaltungsgebiet. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist genehmigungspflichtig. Luxusmodernisierungen und Zusammenlegungen von Wohnungen können untersagt werden. Die Investor*innen sehen für sich keine profitbringende Entwicklungschance der Immobilie in der Kurmärkischen Str. 13 und springen ab.

3. Moderate Eigentümerin

Der Verkaufspreis wurde ohne Verhandlungen auf vier Millionen Euro festgelegt. Allein der Bodenwert war zu diesem Zeitpunkt schon höher. Nach dem Verkauf unterstützte die ehemalige Eigentümerin das Hausprojekt mit einem relevanten Direktkredit.

4. Das Mietshäuser Syndikat

Mit der erfolgreichen Umsetzung von nahezu 150 Hausprojekten in etwa 30 Jahren hat sich das Mietshäuser Syndikat (MHS) ein seriöses Renommee geschaffen. Dies kann Eigentümer*innen bei Vergabeentscheidungen positiv beeinflussen. Wichtiger für die Kumi*13 war das vorhandene große Netzwerk mit solidem Wissenstransfer. Gerade in der rasanten Abfolge konnte verlässlich auf die verschiedensten Expertisen, Knowhow und Kontakte zurückgegriffen werden. Mit einer vorrätigen

»GmbH« konnte die notwendige Geschäftsfähigkeit einen Tag vor dem notariellen Verkaufstermin sichergestellt werden.

5. Die Stiftung Edith Maryon

Doch im aktuellen Berliner Immobilienmarkt wird die Umsetzung von MHS-Projekten immer schwieriger bzw. ohne kapitalstarke Partner*innen nahezu unmöglich. Gruppen benötigen für ihre solide Projekt- bzw. Finanzaufstellungen und Angebotsabgabe zu viel Zeit gegenüber konkurrierenden Investorengesellschaften. Ebenso sind die Mieten, die bei einer reinen Finanzierung durch Bankkredite zu erwarten sind, oftmals absehbar zu hoch. So suchen immer mehr Projekte finanzielle Unterstützung bei Stiftungen. Die Schweizer Edith-Maryon-Stiftung (EMS) verfolgt den Anspruch, Boden dem spekulativen Markt zu entziehen. Wohn- oder Arbeitsstätten sollen zu sozialverträglichen Mieten zur Verfügung gestellt werden. Mit der Rettung des Kulturveranstaltungsortes »Schokoladen« und der Sicherung der Arbeitsstätte ExRotaprint als Miteigentümerin des Bodens hat sich die EMS einen »guten Namen« gemacht. Eine wachsende Anzahl von MHS-Projekten in Berlin und Leipzig finden in der Kooperation des MHS und der EMS statt. Die Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen ist erprobt und kann bei Bedarf zeitnah aktiviert werden. Auch die Kumi*13 hat durch die schnelle Erstellung eines Kaufangebots der EMS profitiert.

Das Modell Erbbaurecht

Die EMS nutzt für ihre Liegenschaften das Erbbaurecht. In diesem Modell kauft der Erbbaurechtnehmer eine Immobilie auf dem Grund und Boden des Erbbaurechtgebers. Der Käufer besitzt also das eigene Haus, aber nicht auf eigenem Grundstück. Für den Boden zahlt er einen Erbbauzins. In einer intensiven mehrstündigen Diskussion hat sich die Gruppe jedoch einstimmig gegen das Erbbaurecht entschieden. Dazu gehörte zu diesem Zeitpunkt der

Projektentwicklung mehr als nur Mut. Der ermittelte Mietpreis der Variante »MHS + Erbbaurecht EMS« lag nur für wenige Jahre unter dem kalkulierten Mietpreis Variante »MHS«, dann entwickelte er sich ähnlich einer Staffelmiete entscheidungsrelevant über diesen. Nun ist aber gerade eine der primären Motivationen, Häuser in den Verbund des MHS zu überführen und sich in die zeitintensiven Mühen der Selbstverwaltung bzw. auch eines Projektaufbaus zu begeben, dass die Mieten weitestgehend eigenbestimmt und möglichst niedrig gehalten werden können. Diverse »Heimfall-Regelungen« erweckten zudem den Eindruck, das Haus in einem »worst case« wieder an den Erbbaurechtgeber verlieren zu können. Man befand, dass beide Modelle für sich allein Vorteile reklamieren können – beispielsweise die Unmöglichkeit des Wiederverkaufs der Immobilie – die Kombination »MHS + Erbbaurecht« jedoch nur bei vergleichsweise sehr günstigen und dauerhaft garantierten Mietpreisen interessant sein kann.

Die Stiftung EM hat dann mit einer verzinnten Zwischenfinanzierung geholfen, den notwendigen Eigenanteil für einen Bankkredit mitaufzubringen. So konnten erbrachte Leistungen refinanziert und die Kumi*13 ein »selbständiges Haus« im MHS-Verbund werden.

Tag der offenen Fragen

Welche Potentiale kann ein Ort wie die Kumi*13 in Zukunft entwickeln? Welche Wünsche werden von außen, von der Nachbarschaft an das Hausprojekt gestellt? Eine erste Kooperation mit Signalfunktion ist bereits in intensiver Planung: Das Nachbarschaftszentrum »Kurmark« will für drei Jahre in das Erdgeschoss einziehen. Es besteht die Absicht, eine Food-Coop mit fair gehandelten Nahrungsmitteln zu entwickeln und auf das Nachbarschaftszentrum folgen zu lassen.

Die Führungen beim Tag der offenen Tür sollten die Raumpotentiale, aber auch die zu behandelnden Probleme darstellen, erste Kontaktaufnahmen und Wünschäußerungen ermög-

lichen. In der 270 qm Werkhalle fand ein »kollektives Halluzinieren« mit Nachbar*innen und Organisationen, die die Partizipationsmöglichkeiten im Kiez stärken, statt. Es wurde eine AG Nachbarschaft gegründet, die den kontinuierlichen Austausch zwischen Kiez und Haus gewährleisten und die Realisierbarkeit von Ideen prüfen soll.

Leben im Gemeineigentum

Das Leben im Gemeineigentum wird die Bewohner*innen verändern. Sie treten gemeinsam in einen sozialen Prozess. Sie haben die Möglichkeit, neue Strukturen gemeinsamen Handelns zu entwickeln. Neben der eigenbestimmten Organisation von Verwaltung und Wohnstrukturen können neue Muster von Solidarität und Care erprobt und gelebt werden. Jeder Gruppenprozess wird Höhen und auch Tiefen haben. Jede*r wird als Person seine sozialen Nähe-Distanzverhältnisse und auch das eigenbestimmte Handeln gegenüber Gruppenentscheidungen neu austarieren müssen. Die Kumi*13 wird unterschiedliche Lebensentwürfe und ggf. unterschiedliche Wohnformen in dem solidarischen Zusammenhang eines selbstverwalteten Gemeinguts in sich bergen.

Geschehen »Wunder« wieder?

Liebig 34, Potse, Drugstore, Köpi, Lause, Syndikat, Meuterei, Friedel54, K-Fetisch, SabotGarden, Diesel A – Berlin droht in einem rasanten Prozess zahlreiche alternative Haus- und Kulturprojekte zu verlieren. »Kein Haus weniger!« fordern zahlreiche Projekte in einem »offenen Brief« und suchen Unterstützung. Mit der Kumi*13 entstand nun überraschend das 19. Hausprojekt des MHS in Berlin. Aber neun andere Initiativen des MHS engagieren sich seit Jahren vergeblich, ein Hausprojekt realisieren zu können. Auch von daher sucht eine wachsende Zahl von Gruppen ihre Chance im angrenzenden Umland. Die Berliner Initiativen haben ihre Erfahrungen in zehn Forderungen in einem lesenswerten stadtpolitischen Thesenpapier zusammengefasst.

Links:

Hausprojekt Kumi*13: www.kumi13.org

Offener Brief »kein Haus weniger«: www.keinhausweniger.info

Die Forderungen der Berliner Initiativen des MHS: www.linsehausprojekt.de

Mietshäuser Syndikat: <https://www.syndikat.org/de>

ANZEIGE**SoZ Sozialistische Zeitung**

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition
In der Februar-Ausgabe u. a.:

- Australien brennt: Was passiert, wenn »Kippunkte« erreicht werden und sich gegenseitig verstärken?
- Kriegshandeln im Nahen Osten: Die stillen Übereinkünfte zwischen den USA und dem Iran
- Die Intervention der Türkei in Libyen
- Bilanz der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Frankreich: Die Gewerkschaften richten Streikkassen ein

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de
www.sozone.de

KÖLNER STUNKSITZUNG

»Karneval instandbesetzt«

Seit 1984 ist die Stunksitzung aus dem Kölner Karneval nicht mehr wegzudenken. Das Ensemble trifft alle Entscheidungen basisdemokratisch und nimmt nicht nur althergebrachte Formen des Karnevals auf den Arm, sondern auch sich selbst – mit wachsendem Erfolg beim Publikum.

PETRA METZGER, KÖLN

Eine Maske aufsetzen, sich wie ein Narr gebärden und die Alltagsordnung auf den Kopf stellen – so könnte man den Kern des karnevalistischen Treibens zusammenfassen. In heidnischer Vorzeit huldigte man so Dionysos, dem Gott des Weines und der Freude. Als dann mit dem Christentum Ostern und die Fastenzeit eingeführt wurden, genehmigte man sich vor der Entsagung noch eine kurze Zeit der Ausgelassenheit. Weltliche Herrscher und Angehörige des Klerus hatten während der »Tollen Tage« nichts zu melden. Man wählte einen Narrenbischof oder Narrenpapst und parodierte die Liturgie in »Eselsmessen«.

Übermäßiges Essen und Trinken, sexuelle Ausschweifungen und die Umkehr der Herrschaftsverhältnisse – kein Wunder, dass der Karneval besonders bei den niedrigen Ständen sehr beliebt war. Mit verrückten Gesängen und Umzügen spielte er sich wesentlich auf der Straße ab und uferete zum Leidwesen der Obrigkeit immer weiter aus. Als 1794 die Franzosen Köln übernahmen, wurde aufgeräumt. Die Straßen erhielten Namen, die Häuser wurden nummeriert und beleuchtet und die volkstümlichen Exzesse vor der Fastenzeit verboten.

Das Festkomitee Kölner Karneval

Zwanzig Jahre später wurde Köln von den Preußen regiert. Die protestantischen Beamten waren wenig beliebt, auch sorgten erhebliche Mentalitätsunterschiede für eine eher antipreußische Stimmung in Köln. Aber immerhin: Sie hoben das Karnevalsverbot auf. Nach Jahren der Unterdrückung wurde noch wilder und maßloser gefeiert als zuvor.

Schließlich machten sich wohlmeinende Herren des Kölner Bürgertums daran, in einem festordnenden Komitee das karnevalistische Treiben in Regeln zu fassen, um die Auswüchse zu begrenzen und dem Fest einen



▲ Erste Stunksitzung am 26. Februar 1984 in der Alten Mensa der Universität Köln

Foto: Manfred Linke

bürgerlich gesitteten Rahmen zu geben.

Das parodistische Element wurde gezähmt, aber es blieb. Die damaligen Ordnungskräfte, die Stadtsozialdaten, wurden zu Funkenchorps, die mit ihrem »Stippeföttche« (zwei Funken reiben ihre Hintern aneinander) nicht als Kampf- sondern als Tanztruppe auftraten. Die närrische Herrschaft wurde auf das Dreigestirn Prinz, Bauer und Jungfrau aufgeteilt. Wohlhabende Bürger*innen schlossen sich in Karnevalsgesellschaften zusammen und luden zu Prunksitzungen mit Präsidenten und Elferrat (elf Honoratioren, die das Präsidium begleiten), Büttreden und Musik. Diese Elemente gehören bis heute zum festen Repertoire des Kölner Sitzungskarnevals.

In den 1970er Jahren wuchs der Widerstand gegen eingefahrene Traditionen und starre Formen gesellschaftlichen Lebens. Der Sitzungskarneval in Abendgarderobe, Weinzwang und langatmigen Auf- und Abmärschen diverser Garden verlor an Zugkraft. Er war in weiten Teilen männerlastig, schlüpfzig und teuer.

Der gesellschaftliche Aufbruch ging wesentlich von den Hochschulen aus. Hier nahm auch die Stunksitzung

ihren Anfang, im studentischen Protest gegen Stellenstreichungen an der Kölner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Aus dem kreativen Miteinander der Aktivist*innen ging der Kölner Spielezirkus hervor, eine kulturpädagogische Initiative, die Artistik und Clownerei für und mit Kindern anbot. Mit diesem basisdemokratischen Projekt sollten zugleich neue Formen des Zusammenlebens und -arbeitens erprobt werden. Ein Jahr später führten die Akteure erstmalig ein Programm für Erwachsene auf – mit großem Erfolg. Das brachte den damaligen Studenten und heutigen Kabarettist Jürgen Becker auf die Idee einer neuartigen Stunksitzung, die das angestaubte Brauchtum mit neuem Leben erfüllen sollte.

Brauchtum wird revitalisiert

Unter dem Motto »Karneval instandbesetzt« wurde das Experiment 1984 als »Stunksitzung« in der Studiobühne der Kölner Universität uraufgeführt. Zu den Mitgliedern der ersten Stunde, die bis heute im Ensemble aktiv sind, gehören Martina Bajohr, Doris Dietzold, Doro Egelhaaf, Didi Jünemann, Martina Klinke, Günter Ottemeier und Bruno Schmitz.

Die Musik der Hausband »Köbes Underground« arbeitete sich an kölschen Vorlagen ab oder verpasste aktuellen Hits witzige neue Texte, die von Anfang an auf Mitsingen und Schunkeln angelegt waren. Funken und Dreigestirn tauchten auch hier wieder auf – als Persiflage der Persiflage. Die selbstgeschriebenen Texte kommentierten Politik und Stadtgeschehen, Medienereignisse, das Verhalten vorrangig der katholischen Kirche aber auch der Grünen, der Lehrer*innen, der linksalternativen Szene. Denn das Ensemble nahm (und nimmt) nicht nur die althergebrachten Formen des Karnevals auf den Arm, sondern auch sich selbst.

Das ist eine, aber nicht die einzige Besonderheit des Formats. Das Ensemble stellt auch Fragen an sich und die eigene Lebensweise. Nach dem ersten Jahrzehnt bilanzierte Gründungsmitglied Martina Klinke: »Vor zehn Jahren gab es für uns ein klares Feindbild. Die böse Industrie und der böse Kapitalismus auf der einen, die Friedens- und Ökologiebewegung auf der anderen Seite. Heute ist die Welt komplizierter und wir sind älter geworden, sind vielleicht nicht mehr so radikal.«

Es ist der Spagat zwischen Kritik und Selbstironie, Professionalität und

Botschaft, der mit jeder Sitzung neu ausgetragen wird und so etwas wie das Lebenselixier der Stunksitzung ausmacht.

Intern trägt das Beziehungsgeflecht der Stunker untereinander. Das Ensemble ist nicht einfach nur ein Kolleg*innenkreis, sondern eine tragende Gemeinschaft, mit der Bereitschaft, sich in den Wechselfällen des Lebens gegenseitig zu unterstützen. Waren es vor Jahren noch eher Auszeiten für die Familiengründung, sind es nun Abwesenheiten und/oder Einschränkungen durch Krankheitsfälle, die im Kollektiv aufgefangen werden. Erst in dieser Session 2019 kehrte zum Beispiel Doris Dietzold auf die Bühne zurück und machte ihre Erfahrungen und die langwierige Rehabilitation nach einer Gehirnblutung zum Thema. Auch das zeichnet die Stunksitzung aus: Im Ensemble gilt, dass nicht nur die Leistung zählt, sondern der Mensch. Auch etwas, das das Publikum zu schätzen weiß.

Die Mischung aus Frechheit, kölschem Gemüt und den musikalischen Einlagen ließ die Nachfrage nach Karten von Jahr zu Jahr steigen. Der Spielort wurde ins E-Werk nach Mülheim verlegt und die Anzahl der Aufführungen wuchs. Mehr als 35 Jahre nach Gründung werden pro Session über 50.000 Besucher*innen gezählt. Längst hat der ehemalige Geheimtipp überregionale Popularität, nicht zuletzt dank der regelmäßigen Fernsehübertragung des WDR.

Bei all dem hat sich auch das Ensemble verändert. Das Präsidentenamt hat nach Jürgen Becker und Reiner Rübhausen seit 1999 mit Biggi Wanninger eine Frau. Und mit Ozan Akhan hielt vor gut zwanzig Jahren das erste türkischstämmige Ensemblemitglied Einzug ins Stunkerkollektiv. In einem sind sich die Mitglieder immer treu geblieben: Alles, was die Stunksitzung angeht, wurde und wird basisdemokratisch ausdiskutiert.

Links:
Stunksitzung:
www.stunksitzung.de
»Stunk Unplugged - Tour 2020«:
www.stunk-unplugged.de

Petra Metzger, Georg Bungarten, Nadja Fernandes und Manfred Linke (Hrsg.): Karneval instandbesetzt? 25 Jahre Kölner Stunksitzung. Einem Phänomen auf der Spur. Edition Arge Kulturidee, 2009.

INTERVIEW MIT BIGGI WANNINGER

»Wir haben ein einzigartiges Projekt auf die Beine gestellt«

Biggi Wanninger ist Präsidentin der Stunksitzung und Geschäftsführerin der Tuschfactory GmbH. Petra Metzger sprach für die CONTRASTE mit ihr über das Erfolgsrezept der Kölner Stunksitzung.

CONTRASTE: Wie ist die Stunksitzung organisiert?

Biggi Wanninger: Wir sind eine GmbH, wir verstehen uns aber als

ANZEIGE

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Kollektiv. Es gibt niemanden, der alleine sagt, wo es lang geht oder alleine Entscheidungen trifft. Die Stunksitzung – das sind 25 Gesellschafter*innen, zu denen neben Bühnenkünstler*innen auch der Produktionsleiter, der Regisseur und ein Autor gehören. Grundlage ist der Gesellschaftervertrag, den alle unterschrieben haben.

Wie trifft ihr Entscheidungen?

Es gibt ein sechsköpfiges Orga-Team, das in bestimmten Bereichen eigenständig entscheidet. Für wichtige und weitreichende Fragen, die die Produktion oder die Gesellschaft betreffen werden, sind alle Gesellschafter*innen zuständig. Solche Fragen besprechen wir in unserer Gesellschafterversammlung, die mindestens einmal im Monat stattfindet. Das heißt, dass alle 25 Gesellschafter*innen an der Abstimmung beteiligt sind.

Entscheidungen werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit getroffen. Bei knappen Mehrheitsverhältnissen sucht man das Gespräch und versucht, einen Konsens zu finden, den alle mittragen können.

Wie geht ihr mit Patt-Situationen oder starken Differenzen um?

Wenn die Klärung besonders schwierig ist, nehmen wir hin und wieder eine externe Beratung in Anspruch.

Was hält euch über Jahrzehnte zusammen?

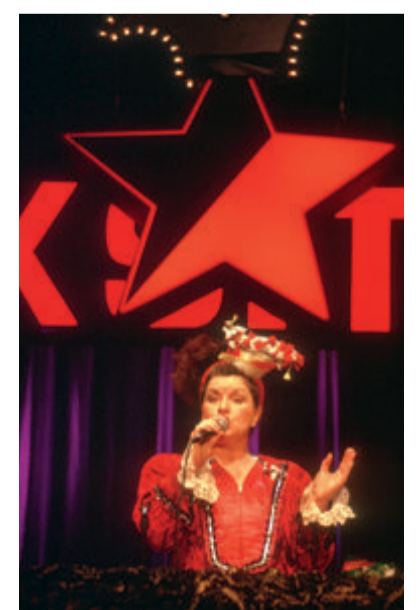
Natürlich der Erfolg der Show – und dass die Gruppe sich bewusst ist, was für ein einzigartiges Projekt wir auf die Beine gestellt haben. Es gibt einen großen Zusammenhalt in der Gruppe mit einer sozialen Fürsorge füreinander.

Wie gelingt es, Bewährtes zu bewahren und zugleich wandelbar zu bleiben?

Wir sind neugierig und haben Lust auf was Neues. So probieren wir in den Sitzungen auch immer mal wieder neue Leute aus. Ein festes Verfahren, wie neue Mitglieder aufgenommen werden, gibt es bei uns aber nicht.

Vor welchen Fehlern würdest du als erfahrenes Mitglied in einem selbstorganisierten Team andere warnen oder welchen Rat könntest du mitgeben?

Man muss Abstimmungsergebnisse akzeptieren – auch wenn man komplett anderer Meinung ist. Das sollte man aushalten und sich damit arrangieren und die Schwarmintelligenz nicht unterschätzen.



▲ Biggi Wanninger, Sitzungspräsidentin der Stunksitzung seit 1999

Foto: Manfred Linke

SUPERCOOP, BERLIN

»Baustein sein für mehr kooperatives Wirtschaften«

Ein Supermarkt ohne Kunden, dafür mit Mitgliedern, die dort mitarbeiten, mitbestimmen und gute Produkte zu fairen Preisen einkaufen. Dieses Konzept funktioniert bereits seit 45 Jahren erfolgreich in New York mit 17.000 und seit drei Jahren in Paris mit 4.500 Mitgliedern. Nun will das Projektteam von SuperCoop Berlin den ersten kooperativen Supermarkt Deutschlands eröffnen. Das Ziel: Nachhaltige Produkte zu guten Preisen sowie die Mitgestaltung des Ernährungssystems durch Kooperation, Teilhabe und Transparenz. Burghard Flieger von der CONTRASTE-Redaktion Genossenschaften sprach mit Johanna Kühner, einer der Initiatorinnen und zuständig für die Koordination.

CONTRASTE: Was sind die Eckpfeiler des SuperCoop-Konzepts in Berlin?

Johanna Kühner: Das Konzept des kooperativen Supermarkts basiert auf drei Grundprinzipien: Erstens Kooperation: Jedes Mitglied hilft drei Stunden im Monat im Supermarkt mit, z.B. beim Kassieren oder Ware einräumen. Dieser kleine Beitrag macht in der Summe einen großen Unterschied, denn die dadurch eingesparten Betriebskosten spiegeln sich in günstigeren Preisen wider. Durch die gemeinsame Arbeit entsteht eine echte Gemeinschaft, die sich gegenseitig unterstützt und Lebensmittel wieder mehr wertschätzt.

Zweitens Miteigentum: Durch das genossenschaftliche Modell sind alle Kunden Anteilseigner des Supermarkts. Mit dem Kauf eines Anteils von 100 Euro – weniger für Geringverdiener – wird man Teil der Genossenschaft. Alle Mitglieder haben eine Stimme und können in den Generalversammlungen mitbestimmen, z.B. über die Produktauswahl, die Nachhaltigkeitskriterien und soziale Aktivitäten. Die Mitglieder der Food Coop in New York haben beispielsweise beschlossen, eine Kinderbetreuung im Supermarkt einzurichten und Arbeitsgruppen zu Themen wie Zero Waste gegründet.

Drittens Transparenz: SuperCoop ist nicht profitorientiert, sondern dient in erster Linie den Mitgliedern. Alle Gewinne werden in den Supermarkt reinvestiert. Durch maximale Transparenz haben die Mitglieder Zugang zu den Informationen bezüglich der Produktbeschaffung, Preisgestaltung und Entscheidungsprozessen. Die Bruttomarge ist für alle Produkte gleich und transparent.



▲ Das Team von SuperCoop Berlin

Foto: SuperCoop Berlin

Wie ist die Idee für dieses Projekt entstanden?

Einer unserer Mitgründer, Robin Angelé, ist Mitglied in der Food Coop La Louve in Paris und von dort nach Berlin gezogen. Hier hat er keinen vergleichbaren Ort zum Einkaufen gefunden und deshalb Ende 2018 beschlossen, die Umsetzung selbst in die Hand zu nehmen. Bei verschiedenen Veranstaltungen hat er das Projekt vorgestellt und schnell engagierte Mitstreiter*innen gefunden. Einen Supermarkt, der seinen Kunden gehört und durch Kooperation gute Qualität zu erschwinglichen Preisen anbieten kann – das brauchen wir auch in Berlin!

Was ist seitdem passiert?

Gemeinsam mit dem Gemeinwohl-Bioladen haben wir einen Testlauf des Modells gestartet und konnten wichtige Partner und Unterstützer*innen finden. Um das Projekt in Berlin vorzustellen, haben wir Ende letzten Jahres den Film »Food Coop« in den Berliner Kinos gezeigt. Der Dokumentarfilm zeigt den Alltag der Park Slope Food Coop in New York. Rund 500 Besucher*innen kamen zu den Vorstellungen! Das hat uns gezeigt, dass ein großes Interesse an Alternativen zu unserem heutigen

Ernährungssystem besteht. Ein toller Erfolg war unser Crowdfunding, das wir vor Weihnachten abgeschlossen haben. Durch fast 500 Unterstützer*innen kamen über 17.000 Euro zusammen, die wir nun zur Umsetzung des Projekts nutzen.

Was sind die nächsten Schritte für SuperCoop?

Bis zur Eröffnung steht noch Einiges an! Aktuell suchen wir noch nach einem geeigneten Standort für den kooperativen Supermarkt. Für ausreichend Verkaufs- und Lagerfläche benötigen wir mindestens 800 qm. La Louve in Paris hat sogar 1.450 qm. Mehr ist also besser, um eine hohe Produktvielfalt anbieten zu können. Zudem arbeiten wir weiterhin am Aufbau unserer wachsenden Community. Um lange Öffnungszeiten und gute Preise anbieten zu können, brauchen wir rund 1.200 Mitglieder. In Paris waren es nach nur zwei Jahren bereits mehr als 4.000 und in New York sind es ganze 17.000! In diesem Jahr steht zudem die Gründung der Genossenschaft an, damit wir offiziell Mitglieder aufnehmen können.

Warum wollt ihr eine Alternative zu den bestehenden Supermarktketten aufbauen?

Eine aktuelle Oxfam-Studie hat festgestellt, dass deutsche Supermärkte zu den intransparentesten und unnachhaltigsten Europas zählen. Zudem sind nachhaltige Produkte oft teurer, was viele vom Kauf abhält. Gleichzeitig werden Lebensmittel zu wenig wertgeschätzt. Das wollen wir ändern.

Und warum als Genossenschaft?

Ein Problem ist, dass traditionelle Unternehmen auf Profitmaximierung ausgerichtet sind, nach den Interessen der Shareholder handeln und mehr Geld mehr Macht bedeutet. Das ist in einem kooperativen Supermarkt anders: Durch die genossenschaftliche Struktur ist jedes Mitglied gleichberechtigter Anteilseigner und hat eine Stimme. Bei der SuperCoop geht es nicht um den Gewinn für einen Investor, sondern um persönlichen Gewinn an Lebens- und Ernährungsqualität für jeden Einzelnen und die Gemeinschaft. Das Hauptziel ist es, allen Mitgliedern eine gute und faire Ernährung zu ermöglichen. Um Herausforderungen wie den Klimawandel auf eine sozial-gerechte Weise zu meistern, brauchen wir neue Strukturen. In Genossenschaften sehen wir ein großes Potenzial für eine sozial gerechte und ökologische

Transformation, die Konsumenten sowie Produzenten einbezieht.

Gibt es bereits Pläne für weitere Supermärkte? Wo soll es hingehen?

Wir wollen ein Baustein sein für mehr kooperatives Wirtschaften. Ein gemeinschaftlicher Supermarkt, kann einen Anstoß geben für weitere Initiativen – in ganz verschiedenen Bereichen. Um den Supermarkt in Paris haben sich viele weitere Food Coops gegründet. Einige der bereits bestehenden Kooperativen arbeiten gerade an einem Dachverband, um IT-Systeme, Business Pläne und Wissen zur Verfügung zu stellen, von der Projekte in der Anfangsphase – wie wir – dann profitieren. Und irgendwann auch unsere Erfahrungen an andere weitergeben können.

Kontakt:

contact@supercoop.de

Link:

www.supercoop.de

Facebook:

https://www.facebook.com/SuperCoopBerlin

Instagram:

https://www.instagram.com/supercoopberlin



STUDIENFAHRT SCHWEIZ UND SÜDTIROL

Genossenschaften in anderen Ländern kennenlernen

Mit einer Studienfahrt des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg werden vom 10. bis 13. März 2020 in der Schweiz und in Italien unterschiedliche Projekte besucht, um neue Formen der Kooperation, Partizipation von Akteuren aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft kennen zu lernen. Zu den besuchten Projekten in der Schweiz gehören Genossenschaften nach dem KISS-Konzept.

MARTIN LINK, STUTTGART

Bürgerinnen und Bürger haben die Organisationsform der Genossenschaft für zivilgesellschaftliche Aktivitäten wiederentdeckt. Sie wollen damit auch durch wirtschaftliche Aktivitäten Gesellschaft und Gemeinwesen gestalten. Zunehmende Bedeu-

tung erlangen besonders »Sozialgenossenschaften«, die originär »Selbsthilfeeinrichtungen« darstellen. Viele dienen zugleich dem Gemeinwohl durch die Verfolgung eines sozialen Unternehmenszwecks, wie der Verbesserung der örtlichen Lebensbedingungen.

Geldfreie Vorsorgesäule

Zu ihnen gehören die Schweizer KISS-Genossenschaften. Diese verstehen sich als vierte geldfreie Vorsorgesäule für das Alter. Sie sind eigenständige regionale oder lokale Organisationen, die unter dem Dach der Fondation KISS (www.fondation-kiss.ch) zusammenarbeiten. Für ihre freiwillig tätigen Mitglieder organisieren sie mit Fachkräften Betreu-

ungsdienstleistungen und veranstalten öffentliche Anlässe zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Alle Mitglieder sind gleichzeitig Gebende und Nehmende, deren Leistungen mit Zeitgutschriften als vierte geldfreie Vorsorgesäule dokumentiert werden. Die Mitglieder entscheiden, wann, wo und wie lange sie sich einsetzen möchten. Der Aufbau neuer Genossenschaften geschieht in der Regel durch die Initiative einer Gruppe von Personen, einer oder mehrerer Organisationen, meistens unterstützt durch die jeweilige Gemeinde. So stößt KISS überall auf breite Akzeptanz, ergänzt über schon bestehende Angebote. Die Fondation KISS bietet die Plattform für den Austausch in den verschiedenen Regionen und stellt die erforderliche Infrastruktur zur Verfü-

gung, damit sich die Menschen vor Ort miteinander verbinden und sich gegenseitig unterstützen können.

Die Reiseroute geht von Stuttgart über Zürich und Bozen zurück nach Stuttgart. Die Anzahl der Plätze ist auf 17 beschränkt. Bei Interesse sollte eine Anmeldung umgehend gesendet werden an: anmeldungen@paritaet-bw.de. Die Eigenbeteiligung beträgt 270 Euro.

Weitere Informationen zur Studienreise und zu den Konditionen sind zu finden unter:

https://www.paritaet-bw.de/system/files/abschnittdokumente/studienreise-sozialgenossenschaften-neu-2.pdf

Eine Anmeldung ist auch möglich unter:

https://www.paritaet-bw.de/leistungen-services/veranstaltungen/studienreise-sozialgenossenschaft-0

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien

Zwischen Verwaltungspraxis und Graswurzelkämpfen



▲ Mit selbstorganisierten Projekten erobert: Das Tempelhofer Feld steht allen Berliner*innen offen.

Foto: dronepicr / flickr.com

Während es in den USA und anderswo eine lebendige Bewegung für »Environmental Justice« gibt, ist das Thema hierzulande höchstens unausgesprochen in Kämpfen präsent. Nun hat die Berliner Landesregierung einen detaillierten Report über Umweltgerechtigkeit in der Hauptstadt präsentiert und damit das Thema in Deutschland bekannter gemacht. Auch für die emanzipatorische Bewegungslinke birgt der Ansatz Potenzial.

HENDRIK SANDER, BERLIN

Als in den 1960er Jahren die Schattenseiten von Massenproduktion und voranschreitender Industrialisierung in den USA immer offensichtlicher wurden, begannen sich vor allem (weiße) Menschen aus der Mittelschicht zur neuen Umweltbewegung zusammenzuschließen. Unter dem Schlagwort »Environmentalism« engagierten sie sich dagegen, dass giftige Industrieanlagen in ihrer Nachbarschaft betrieben werden: »not in my backyard« (»nicht in meinem Hinterhof«).

Die Folge war, dass diese zunehmend in der Nähe von armen Communities of Color angesiedelt wurden. Doch auch die marginalisierten Gemeinschaften fingen wenige Jahre später an, sich zu organisieren – unter wesentlich schwierigeren Bedingungen. Sie warfen der weißen Mehrheitsgesellschaft »Environmental Racism« vor und starteten eigene Graswurzel-Kampagnen gegen Mülldeponien, Industrieanlagen und Schnellstraßen in ihren Vierteln. Die Umweltgerechtigkeitsbewegung war geboren. Von den Vereinigten Staaten aus verbreitete sie sich in der ganzen Welt.

Den vielfältigen Initiativen, die unter dem Banner der »Environmen-

tal Justice« aktiv werden, ist gemeinsam, dass sie gegen (sozial ungleiche) Umweltbelastungen und für einen Zugang aller zu Umweltgütern (wie Parks) kämpfen. Sie legen sich mit Unternehmen und lokalen Eliten an, stellen die herrschaftsförmige Produktion ökologischer Ungleichheiten infrage und zielen auf eine grundlegende Transformation der Gesellschaft.

Initiativen in Deutschland

Hierzulande existiert kaum eine Tradition von sozial und rassistisch diskriminierten Communities, die sich gegen Umweltgefahren wehren. Doch es gab und gibt durchaus städtische Initiativen, die Kämpfe führen, die sich mit Umweltgerechtigkeit assoziieren lassen:

- In Hamburg betreffen die Abgase des Kohlekraftwerks Moorburg die ohnehin armen, mehrfach belasteten Stadtteile in Hafennähe. Seit den Bauplanungen protestieren verschiedene Initiativen gegen das Kraftwerk, später auch gegen die Fernwärmeleitung »Moorburgtrasse«. Sie organisieren gerichtliche Klagen, Bauplatzblockaden und Baumbesetzungen.
- Im abgehängten Bremer Norden leben überdurchschnittlich viele Transferbezieher*innen und Menschen mit Migrationshintergrund. Sie können sich nur die maroden Plattenbau-Wohnungen leisten, die die Eigentümer Vonovia und Co. bewusst verfallen lassen. Die Folge sind kaputte Heizungen, Feuchtigkeit, Schimmel – und gesundheitliche Belastungen. Doch mit Unterstützung eines linken Erwerbslosenvereins beginnen die Betroffenen, sich zu organisieren.

- In Potsdam wehren sich Anwohner*innen und linke Gruppen gegen die Praktiken der Preußischen Schlösserstiftung. Sie versucht, die zentral gelegenen preußischen Parks vor allem dem Gedenken an dieses brutale militaristische Regime zu widmen und die Parknutzer*innen, die aus allen sozialen Schichten der Stadt kommen, aus den urbanen Grünanlagen zu drängen.
- Stuttgart ist das Musterbeispiel einer »autogerechten Stadt«: Lärm, Luftbelastung und Hitze-Inseln sind Ausdruck des Autoinfrakts im Stuttgarter Talkessel. Betroffen sind vor allem die ärmeren Menschen an den großen Durchgangsstraßen, während die Reichen in der beliebten »Halbhöhenlage« von guten Umweltbedingungen profitieren. Gegen den Autowahnsinn ist eine rege Bewegung aktiv, aus der heraus nun ein Bürgerbegehren für eine andere Verkehrspolitik gestartet wurde.

Zwar werden diese Kämpfe implizit auch um »Environmental Justice« geführt. Doch das explizite Konzept der Umweltgerechtigkeit brachten Wissenschaftler*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen und NGO-Referent*innen nach Deutschland. Sie starteten zunächst umfangreiche Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage, Umweltqualität und Gesundheit in der Bundesrepublik. Anders als die Bewegung sehen sie vor allem städtische Verwaltungen als handelnde Subjekte, die im Dialog mit allen Akteur*innen – einschließlich des Kapitals – konkrete ökologische Ungerechtigkeiten abbauen sollen. Sie setzen sich dafür ein, dass Umweltgerechtigkeit in staatlichen Rahmenplanungen und der Verwaltungspraxis verankert wird.

Nun haben sie einen wichtigen Zwischenerfolg erzielt: Anfang 2019 veröffentlichte die rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin den »Basisbericht Umweltgerechtigkeit – Grundlagen für die sozialräumliche Umweltpolitik«. Darin kartiert die Regierung detailliert die sozialen und ökologischen Belastungen in den einzelnen Kiezen.

Berlin ist umwelt-ungerecht

Das Ergebnis: In der Hauptstadt sind Umweltbelastungen sozial-räumlich ungleich verteilt. Umwelt-Ungerechtigkeit ist in der Metropole ein flächendeckender Skandal. Denn Luftbelastung, Lärm, Hitze und Mangel an Grünflächen konzentrieren sich in den dichter bebauten, sozial gemischten Gründerzeit- und Plattenbau-Siedlungen in den Berliner Innenstadtvierteln – sowie in einigen peripheren Hochhauskomplexen. Dagegen profitieren die überwiegend wohlhabenden Bewohner*innen in den

grünen Standrandsiedlungen von guten Umweltbedingungen.

Mit dem Umweltgerechtigkeitsreport gilt Berlin als Vorreiter in Sachen »Environmental Justice Mainstreaming«. Aber auch auf der Graswurzel-Ebene wurden in den letzten Jahren Kämpfe um ökologische Gerechtigkeit angezettelt, die eine politische Ausstrahlung über Berlin hinaus haben:

- Die ärmeren Nord-Neuköllner*innen litten Jahrzehnte unter dem Lärm des angrenzenden Flughafens Tempelhof. Nach der Schließung 2010 trugen linke Initiativen dazu bei, dass das Feld für alle Berliner*innen geöffnet wurde, und eroberten das Areal mit selbstorganisierten Projekten – zum Beispiel das Allmende Kontor mit seinen urbanen Gärten. Als die damalige Große Koalition Teile dieses grünen Commons mit Luxuswohnungen bebauen wollte, entstand schnell eine Grassroot-Initiative dagegen. Mit einem erfolgreichen Volksbegehren konnte sie den urbanen Freiraum verteidigen.
- Trotz hartnäckiger Proteste von Anwohner*innen wird seit mehreren Jahren an einer Verlängerung der Stadtautobahn A100 von Neukölln zum Treptower Park gebaut. Die Magistrale wird den angrenzenden Kiezen, die schon unter mehrfachen sozial-ökologischen Belastungen leiden, noch mehr Autolärm und -abgase bringen. Es könnte noch schlimmer kommen: Im Bundesverkehrswegeplan ist ein weiterer Autobahnabschnitt zwischen Friedrichshain und Lichtenberg fest eingeplant. Entgegen anders lautender Beteuerungen lässt Rot-Rot-Grün den aktuellen Abschnitt baulich so abschließen, dass die Autobahn sich weiter durch die dicht bewohnten Viertel fressen kann. Aber auch der Widerstand lässt nicht nach.

- In den letzten Jahren hat sich die Deutsche Wohnen (DW) in die Plattenbau-Siedlungen im Kreuzberger Norden eingekauft. Am Kottbusser Tor ließ der Immobilienkonzern lange die Häuser verfallen und kassierte überhöhte Nebenkosten ab. Im Winter fallen die Heizungen teilweise mehrere Wochen aus. Was dem Unternehmen hohe Profite bringt, gefährdet die Gesundheit der Bewohner*innen. In der Otto-Suhr-Siedlung wollte die DW mit Modernisierungen die Mieten in die Höhe treiben. Doch die armen Mieter*innen in den Platten wehren sich. Inzwischen haben sich Mieter*innen mit der Interventionistischen Linken Berlin und vielen anderen zu einer Kampagne zusammengeschlossen, die mit einem Volksbegehren die Enteignung der Deutsche Wohnen erreichen will.

Die Erfahrungen aus Berlin zeigen:

In der Verwaltung und – zumindest implizit – in Graswurzel-Initiativen hat Umweltgerechtigkeit Konjunktur. Wäre es für die emanzipatorische Bewegungslinke lohnenswert, den Ansatz und die Debatte aufzugreifen? Zunächst gilt: Ein neues Label macht noch keine Bewegung, ersetzt keine in den Kämpfen verankerte Strategie. Schon Marx wusste: »Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.«

Keines der oben angesprochenen Probleme ist grundsätzlich neu. Die Protestinitiativen funktionieren in ihrem jeweiligen Feld auch ohne ein neues Konzept. Doch die Perspektive der Umweltgerechtigkeit verleiht den Problemen neue Brisanz – und ihrer Lösung zusätzliche Dringlichkeit. Sie kann ein Instrument sein, den Initiativen in ihrer Organisation und ihrer Öffentlichkeitsarbeit zusätzlichen Schub zu verleihen. Außerdem eröffnet sie Möglichkeiten, Kämpfe auf neuartige Weise zu verknüpfen. Initiativen für Freiräume und für ein Recht auf Stadt, gesundheits- und verkehrspolitische Gruppen, die Klima- und Anti-Kohle-Bewegung, Mieter- und Erwerbsloseninitiativen können neue Verbindungen entdecken und gemeinsame Forderungen entwickeln.

Darüber hinaus zeigt der Ansatz der Umweltgerechtigkeit eine Leerstelle bisheriger Kampagnen. Noch zu wenig versuchen linke Akteur*innen, marginalisierte Communities entlang ökologischer Ungerechtigkeiten zu politisieren und zu empowern – zum Beispiel in sozial abgehängten und ökologisch belasteten Stadtvierteln. Denn insgesamt ist die Umweltbewegung bisher eher durch privilegierte soziale Milieus geprägt.

So richtig es ist, dass die verschiedenen Akteur*innen der rasant wachsenden Klimabewegung die Klimakrise als globale Frage framen und damit das große Ganze angehen, tut sich doch eine Lücke in der lokalen Praxis auf. Sie müssten die gegenwärtige Bewegungsdynamik nutzen, um ganz konkret radikale Transformationsprojekte vor Ort anzugehen, die das Potenzial hätten, Klima- und Umweltgerechtigkeit zu verbinden. Könnten nicht Ende Gelände-, Extinction Rebellion- und Fridays for Future-Gruppen zusammen eine Kampagne starten, um die sofortige Stilllegung des örtlichen Kohlekraftwerks oder die Verbannung aller Autos aus der Innenstadt durchzusetzen?

Zum Weiterlesen:

Hendrik Sander: **Städtische Umweltgerechtigkeit Zwischen progressiver Verwaltungspraxis und sozial-ökologischen Transformationskonflikten.** Rosa Luxemburg Stiftung 2019, 44 Seiten, PDF auf <https://www.rosalux.de/publikation/id/41021>.

ANZEIGE

DIY media Power

#LiMA20 Medienkongress in Berlin
5 Tage Weiterbildung & Debatte | 17. – 21.3.

Sichert Euch jetzt Tickets und Seminarplätze:
www.linkemedienakademie.de

Gefördert von der
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



EIN GEGENENTWURF ZUR KATASTROPHENHILFE

Barfußarchitektur

Yasmeen Lari ist die erste weibliche Architektin Pakistans und hat sich mit mehreren spektakulären Bauten in Karatschi einen Namen gemacht. Ihre Arbeit fand aber auch Eingang in die Dokumentation »rebel architects« von Al-Jazeera.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Große Prachtbauten aus teuren Materialien hat Yasmeen Lari in Karatschi geplant, etwa das Taj Mahal Hotel, das Finanz- und Handelszentrum oder das Pakistan State Oil House. Nachdem sie sich 2000 aus der aktiven Laufbahn zurückgezogen hatte, widmetet sie sich der Arbeit in der Heritage Foundation, die sie 1980 gemeinsam mit ihrem Mann, einem Historiker, gegründet hatte, um das alte Kulturerbe in Pakistan zu bewahren. Bei der Renovierung von jahrhundertalten Bauwerken konnte sie studieren, welchen Techniken und Materialien es ermöglicht haben, dass diese Bauten so viele Jahre überdauern konnten.

Im Jahr 2010 kam es zu verheerenden Überschwemmungen in Pakistan entlang des Indusdeltas, bei denen mehr als 14 Millionen Menschen ihr Dach über dem Kopf verloren. Schwer betroffen war auch die Region Sindh am Indusdelta, deren Hauptstadt Karatschi ist. Damals wechselte Lari zum ersten Mal ihre Rolle. Es war für sie eine vollkommen andere Welt, erzählt sie. Aus der Welt der Prestigebauten aus Glas und Beton kam sie zu armen Dorfgemeinschaften, wo es darum ging, mit wenig Geld, den vorhandenen Materialien und gemeinsam mit den dort lebenden Menschen, Häuser zu errichten, die den Naturkatastrophen stand halten konnten.

Bauen im Schneeballsystem

Sie nützte ihre Erfahrung aus der Heritage Foundation und schickte die erfahrenen Baufachleute der Stiftung in eines der zerstörten Dörfer. Gemeinsam mit den Dorfbewohner*innen errichteten sie Häuser aus Lehmziegeln, mit einem Fundament aus gestampftem Lehm, das den Überflutungen widerstehen konnte und Dächern aus Bambus. Außerdem wurden Häuser auf mehr als zwei Meter hohen Bambuspfehlen gebaut und mit Matten aus Bambusblättern gedeckt, wo die Menschen sich während des Hochwassers aufhalten und ihre Lebensmittelvorräte und anderen Besitz trocken lagern konnten; immer ein Haus für mehrere Familien, außerdem extra Räume für Frauen. Die Fachleute gaben dabei ihr Wissen an die Bevölkerung weiter, besonders geachtet wurde auf die Einbeziehung der Frauen.

Als 2013 die nächste große Überschwemmung kam, konnte das Konzept seine Wirksamkeit unter Beweis stellen. Im Gegensatz zu anderen Dörfern in der Umgebung gab es keine Zerstörungen, alle Vorräte blieben trocken und nachdem das Wasser zurückgegangen war, konnten die Menschen ihre Häuser sofort wieder bezie-



▲ Es wird im ganzen Lernprozess besonders darauf geachtet, die Rolle der Frauen zu stärken.

Foto: Heritage Foundation of Pakistan

hen. Lari motivierte die Dorfbewohner*innen, in die Nachbardörfer zu gehen und ihr Wissen an die Menschen dort weiterzugeben. Durch dieses Schneeballsystem von »Barfußarchitekten« wurden mittlerweile 40.000 hochwassersichere Häuser in Sindh errichtet, von den Bewohner*innen selbst, mit lokalen Materialien, mit geringen Kosten und nahezu ohne CO₂-Belastung. Da infolge des Klimawandels die Überschwemmungen in den letzten Jahren öfter und heftiger auftraten – und dies auch in Zukunft zu erwarten ist – eine wesentliche Verbesserung der Resilienz gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise und eine Möglichkeit für die Menschen dort weiterhin leben zu können.

Es geht auch ohne ausländische Hilfe

Ebenfalls 2013 gab es ein heftiges Erdbeben in der Region Balochistan. Wieder engagierte sich die Heritage Foundation mit ihrem Wissen beim Wiederaufbau. Durch Zusammenarbeit mit Universitäten wurde eine Gruppe von Architekturstudenten aus der betroffenen Region zusammengestellt. Auf Grund der immer häufiger werdenden Katastrophen nahmen die Geldflüsse aus dem Ausland ab, erklärte Lari ihnen, und das sei gut so. So müssten sie – anders als an der Universität – wieder lernen, mit dem zu bauen, was es vor Ort gibt, mit den traditionellen Materialien und Techniken. So würden die Menschen unabhängig von ausländischer Hilfe.

Im Basisquartier der Stiftung lernten sie, aus den vor Ort vorhandenen Baumaterialien, den Trümmern der eingestürzten Häuser, Lehm und Bambus erdbebensichere Häuser herzustellen. Durch Bambusgeflechte, die in die Wände, vor allem in den Ecken eingemauert werden, werden die Wände stabil und doch flexibel genug, um Erdbeben stand zu halten. Dann gingen sie in ihre Heimatorte und bauten dort mit den Bewohner*innen gemeinsam die Häuser wieder auf.

Tradition, Nachhaltigkeit, Ermächtigung

Yasmeen Lari folgt bei ihren Einsätzen immer die gleichen Prinzipien: Es werden traditionelle Materialien und Techniken verwendet, um die lokalen Gemeinschaften einbinden zu können und ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Lokales Wissen zu nutzen, trägt auch dazu bei, rasch helfen zu können. Die Materialien sind gleichzeitig nachhaltig und entweder wiederverwendbar oder organisch abbaubar, dadurch werden Umweltschäden vermieden.

Es geht dabei immer nicht nur darum, den betroffenen Menschen schnell ein Dach über dem Kopf bieten zu können, sondern auch darum, dass die neuen Bauten kommenden Katastrophen besser Stand halten können. Sie orientiert sich bei ihren Projekten an den Entwicklungszielen der UNO, in ihrem Fall besonders Hygiene, Ernährungssicherheit und Bildung und achtet auf langfristige Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Menschen und Gemeinden.

Es gibt Trainingsprogramme für »Mobile Barfußteams«, die eine Ausbildung für die Arbeit im Feld bekommen. Diese mobilen Ausbildungsteams geben Unterricht im Selbstbau mit kostengünstigen und ökologischen lokalen Materialien, wobei insbesondere die Rolle der Frauen gestärkt wird. Ziel ist es, ständig neue »Barfußunternehmer*innen« auf den Weg zu bringen, die ihr Können im Schneeballsystem weitergeben. Dafür wurde auch ein Qualitätssicherungssystem eingeführt.

Nach dem Maß der Musik gestalten

Zudem wurden etwa in der Sindh Region in den letzten Jahren auch Toilettenanlagen errichtet und Frauen lernten energieeffiziente, rauchfreie Lehmöfen zu bauen, die sie kunstvoll verzieren und sich damit auch ein Zusatzeinkommen verschaffen können.

Kostengünstig, gesund und CO₂-arm – so fasst Lari ihr Herangehen kurz und bündig zusammen, nach dem Motto: »Du musst ... die Häuser aus dem täglichen Leben der Menschen, die sie bewohnen werden, heraus wachsen lassen, sie nach dem Maß ihrer Musik gestalten, muss das Muster eines Dorfes wie auf den Dorfwebstühlen weben, auf die Fähigkeiten aufbauen, die du dort vorfindest, die Landschaft respektieren und demütig vor dem natürlichen Rhythmus sein.«

Link: heritagefoundationpak.org

100 KLASSENZIMMER FÜR FLÜCHTLINGSKINDER

Flüchtlinge bauen für Flüchtlinge

Ähnlichen Zielen wie die Heritage Foundation hat sich auch die Organisation Emergency Architecture & Human Rights (EAHR) – gegründet 2015 in Kopenhagen, mit einer Schwesterorganisation in Santiago de Chile – verschrieben. Sie fühlen sich bei ihrer Arbeit der UN-Menschenrechtsdeklaration und den Sustainable Development Goals verpflichtet.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

»Im jordanischen Flüchtlingslager Za'atari leben 85.000 heimatlose Syrer in einer ungewöhnlichen Situation. So lässt es aufhorchen, wenn die Zustände im Lager von der New York Times, am 4. Juli 2014, als »der Normalität nahe« beschrieben werden. Diese Normalität, das sind dann Reisebüros, ein Flughafen-Shuttle oder ein Pizza-Lieferdienst, der sich eines selbstgestrickten Adresssystems bedient. Ökonomie im herkömmlichen Sinne. Es gibt aber auch Räume und Prozesse, die gemeinsam angeeignet werden,

anspruchsvolle Infrastruktur wird durch viel Eigeninitiative und Nachbarschaftlichkeit ergänzt. So werden Problemlösungen entwickelt, die auf gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamer Verantwortung beruhen. Das bewahrt die Würde der Menschen,« schrieb die Commons-Expertin Silke Helfrich in der CONTRASTE 394-95 vom Juli/August 2017.

In diese Form der Problemlösung fügt sich auch die crowdfunding-finanzierte Kampagne »100 Classroom for Refugee Children« der Organisation Emergency Architecture & Human Rights ein. Neben den Menschen im Flüchtlingslager lebt eine vielfache Zahl außerhalb des Lagers, der größte Teil der internationalen Hilfe geht jedoch ins Lager. Während die Kinder dort auch Schulunterricht erhalten, hat ein Großteil der Kinder außerhalb diese Möglichkeit nicht. Die Kampagne von EAHR greift dieses Problem mit ko-kreativen und partizipativen Methoden auf. »In Kooperation mit der NGO Acting for Change erweiterte EAHR eine bestehende

informelle Schule. Der Klassenraum, ein 25 m² großer Kuppelbau, ist in Superadobe-Technik gebaut, angelehnt an die Große Moschee von Djenné und bienenkorbtartige Hauskonstruktionen in den syrischen Städten Aleppo und Homs. Angepasst an die klimatischen und thermischen Bedingungen wurden geeignete Materialien für kalte Winter und heiße Sommer gewählt. Im Gegensatz zu den in Flüchtlingslagern gängigen Containern, Zementblöcken und Wellblechhütten ist Lehm ein ökologisches Material. Die Kosten waren nur halb so hoch wie bei einer konventionellen Zementkonstruktion gleicher Größe. EAHR bildete Arbeiter*innen aus dem Lager in der Superadobe Bautechnik aus und stellte Verbindungen zwischen Flüchtlingsgemeinden und örtlichen Bauunternehmen und Handwerker*innen her. Solch preiswerte, ökologische und energieeffiziente Gebäude zu bauen, wie es hier in den Flüchtlingslagern erlernt wird, kann dem Wiederaufbau Syriens nach dem Krieg zugutekommen.« (Critical Care: S.221)

Angelika Fitz / Elke Krasny / Architekturzentrum Wien (Hg): Critical Care. Architecture for a Broken Planet. Wien 2019.



▲ EAHR: 100 Klassenräume für geflüchtete Kinder, Za'atari Village, 2017 Foto: Martina Bo Rubino



ALTES COMMONS WIEDERBELEBT

Selbstverwaltetes Bewässerungssystem in Katalonien

Bei der Renovierung eines Bewässerungssystems wurden die alten Regeln, nach denen die Menschen jahrhundertlang die Verteilung des Wassers organisiert hatten, wieder in Kraft gesetzt und einer neuen Generation von Gärtner*innen die Selbstverwaltung ermöglicht.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Die spanische Kleinstadt Caldes de Montbui liegt nördlich von Barcelona und verfügt über mehrere Thermalquellen – mit einer Temperatur bis zu 75 Grad die heißesten auf der iberischen Halbinsel. Bereits die Römer nutzten diese Quellen und ein aus römischer Zeit stammendes Thermalbad gehört zum kulturellen Erbe der Stadt. Unmittelbar an die Altstadt angrenzend liegen Obst- und Gemüseärten, die »traditionell durch das Restwasser aus dem Thermalbad versorgt wurden sowie durch das Regenwasser, das sich in den Hauptbewässerungskanal mit seinen fast drei Meter hohen Mauern ergoss.« (Critical Care: S.147)

Das Wachstum der Stadt und der langsame Verfall der alten Anlagen führten dazu, dass Abwasser in den Bewässerungskanal gelangte, der Kanal war zu einer offenen Kloake verkommen und verursachte auch hygienische Probleme. Da der Zugang zu den Obstgärten nur über die bröckelnde Mauer möglich war, kam es zu mehreren Unfällen, von denen einer sogar tödlich endete. Der üble Geruch und das vernachlässigte Aussehen führten dazu, dass das ganze Gebiet kaum noch genutzt wurde. Schließlich beauftragte die Stadtverwaltung eine Renovierung der Bewässerungsanlagen. Eine internationale Ausstellung urbaner Kunst in der Stadt gab den letzten Anstoß und die finanziellen Möglichkeiten umfassende Renovierungsmaßnahmen in die Wege zu leiten.

Sozialer Blick auf ökologische Probleme

Die Organisation CICLICA [Space – Community – Ecology], laut Selbstbeschreibung ein Soziales Studio, das mit den Mitteln von Architektur, Urbanismus und Landschaftsplanung ökologisches Gleichgewicht und soziale Gleichheit fördern will, erhielt den Auftrag. Den Architekt*innen und Planer*innen war schnell klar, dass hier soziale und ökologische Faktoren eng ineinandergriffen. Dass die Stadt für ein funktionierendes Abwassersystem sorgen musste, war die Vorbedingung für einen zwei Jahre andauernden Prozess partizipativer Aktionsforschung mit den Bürger*innen, den Gärtner*innen, den Thermalbädern und allen anderen Nutzer*innen des Wassers.

Zum Selbstverständnis der Gruppe gehört es, auch ökologische Fragestellungen aus einer sozialen Perspektive anzugehen und sowohl Wasser als auch öffentlichen Raum als Commons



▲ Das Rückhaltebecken und der neue Weg durch die Obstgärten

Foto: Ciclica

zu betrachten. So stellte sich heraus, dass über viele Jahrhunderte die Bewässerungsanlage der Gärten von den Nutzer*innen nach festgelegten Regeln selbst verwaltet worden war. Durch Modernisierungs- und Urbanisierungsprozesse ging das Wissen um dieses System verloren. Die Planer*innen sahen nicht nur die Bauwerke, sondern auch dieses Wassermanagementsystem als kulturelles Erbe an, das es galt, wieder herzustellen. Die Gärten sollten zudem wieder dazu dienen, die Stadtbewohner*innen mit biologischen Nahrungsmitteln zu versorgen. Es ist genau dieses Zusammenspiel von physischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Aspekten, das ein Commons ausmacht. Sie sind alle miteinander verwoben und müssen gleichzeitig in den Blick genommen werden.

Selbstverwaltetes Bewässerungssystem

In der Zusammenarbeit mit den Gärtner*innen wurde auch erkannt, dass es nicht zu wenig Wasser gab und es auch nicht nur am falschen Wassermanagement lag, sondern dass vor allem viel Wasser ungenutzt in den Fluss rann. Das erste Ziel war es daher, die Gärtner*innen zu ermächtigen, sich am Gestaltungsprozess zu

beteiligen und die Organisation des Wassermanagements wieder selbst zu übernehmen. Es gelang, einen alten Mann ausfindig zu machen, der sich noch erinnern konnte, wie es funktioniert hat. Im Laufe des Prozesses wurde ein Verein der Gärtner*innen gegründet, der nun nach den adaptierten Regeln das Bewässerungssystem wieder selbst verwaltet.

Um das Wasser zurückzuhalten und auch abzukühlen wurde ein Rückhaltebecken gebaut, die alten Wasserkanäle wurden belassen und ein Zugangsweg auf einem der Kanäle gebaut, damit die Obstgärten wieder leicht erreichbar wurden, ohne das Gesamtbild zu zerstören. Durch die leichte Zugänglichkeit konnten die Obstgärten auch zu einem Naherholungsgebiet für die Stadtbewohner*innen werden. Die vormals privaten Gemüseärten sind zu einem öffentlichen Raum geworden, der eine nachhaltige Lebensweise unterstützt.

In Zusammenarbeit mit einem Landschaftsökologen wurde zudem auf die Einbettung in die umliegende Naturlandschaft und die Stärkung der Biodiversität geachtet. Weiterbildungen für die neuen Gärtner*innen, etwa über biologisches Düngen und neue Nutzpflanzen, wurden angeboten.

Erfolg auf mehreren Ebenen

Auf politischer Ebene konnte erreicht werden, dass sich die Stadtregierung auf diesen Prozess einließ und auch die Selbstverwaltung akzeptierte. Es gibt eine Steuerungsgruppe, die sich um die Kommunikation mit der Politik, um den Erhalt des historischen Erbes und um einen intergenerationalen Austausch lokalen Wissens kümmert. Auf ökonomischer Ebene wurde es durch das saubere Wasser möglich, biologische Landwirtschaft zu betreiben und für Bewohner*innen und Gäste gute, regionale Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Und schließlich haben der partizipative Prozess und die öffentliche Zugänglichkeit der Gärten auch die sozialen Beziehungen und die Selbstverantwortung der Stadtbewohner*innen gestärkt.

Links

CICLICA: <https://ciclica.eu>


Der Projektbericht: <https://ciclica.eu/wp-content/uploads/2017/03/Information.pdf>

Angelika Fitz / Elke Krasny / Architekturzentrum Wien (Hg): *Critical Care. Architecture for a Broken Planet. Wien 2019.*

ANZEIGEN

**graswurzel
revolution**

GWR 445
Januar



Schwerpunkt:
Anarchistische Musik

Probexemplar
kostenlos:
www.graswurzel.net

ARCHITEKTUR DES SORGENS

Wie Care und Architektur zueinander fanden

»Unser Wirtschaftssystem und das System unseres Planeten befinden sich gegenwärtig im Krieg. Genauer gesagt, unsere Wirtschaft befindet sich im Krieg mit vielen Lebensformen auf der Erde, auch mit dem Menschen.« Mit diesem Zitat von Naomi Klein beschreiben die Kurator*innen der Ausstellung die aktuelle Situation.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Ihre Antwort auf diese Herausforderungen lautet in der Einleitung zum Buch folgendermaßen: »Architektur und Urbanismus sind immer mit dem befasst, was sein wird, mit dem Zukünftigen. Die Zukunft in einen guten Zustand zu bringen kann daher nicht auf der Weiterführung der bisherigen developergetriebenen und kapitalzentrierten Architektur und Stadtentwicklung beruhen, sondern auf der langfristigen Verpflichtung, für den Planeten Sorge zu tragen, um menschliches wie nicht-menschliches Leben zu ermöglichen. In unserer Zeit der katastrophalen Zerstörung begreifen wir die Ethik der Sorge, die Care Perspektive, als wichtigste Perspektive für Architektur und Urbanismus.«

Sorge um prekären Grund und Boden

Mit der Definition von Care nach Joan Tronto: »Ganz allgemein schlagen wir vor, jede Aktivität einer Spezies als Care, als Sorgetragen, zu betrachten, die unsere ›Welt‹ bewahrt, erhält und wiederherstellt, damit wir so gut wie möglich in ihr leben können. Zu dieser Welt gehören unsere Körper, wir selbst und unsere Umwelt, die wir zu einem komplexen, lebenserhaltenden Netz verflechten wollen«, lassen sich Architektur und Stadt- oder Raumplanung gut unter die Sorgetätigkeiten einreihen. Die Sorge erstreckt sich in dem Fall nicht nur auf prekarierte Menschen, sondern auch auf prekarierten Grund und Boden. Neben der Ethik der Sorge aus der feministischen Forschung ist es die kritische Theorie der Frankfurter Schule, die für die Ausstellung handlungsleitend war, eine Theorie, die eingesetzt werden kann, »um politische, gesellschaftliche und kulturelle Emanzipation und Befreiung zu fördern«.

Architektur gegen Kapitalismus

Dabei sind den Autor*innen die engen Verflechtungen zwischen Architektur und Kapi-

talismus sehr bewusst. Sie beziehen sich auf Theorien alternativen Wirtschaftens um der Frage nachzugehen, wie Architekt*innen dazu beitragen können, nicht-kapitalistische Praktiken zu stärken, etwa »die Einführung von Kreislaufwirtschaften, die Förderung selbst verwalteter Infrastrukturen und lokaler Produktion, die Wiederverwendung bestehender Gebäude oder Baustoffe, Gemeinschaftsengagement, ehrenamtliche Arbeit, partizipative Workshops, die Vermittlung von Fertigkeiten oder öffentliche Umweltpädagogik«. Die in der Ausstellung gezeigten Beispiele haben ihren Schwerpunkt jeweils auf einem oder mehreren dieser Ziele, vor allem aber machen sie die Vernetzung zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Faktoren sichtbar.

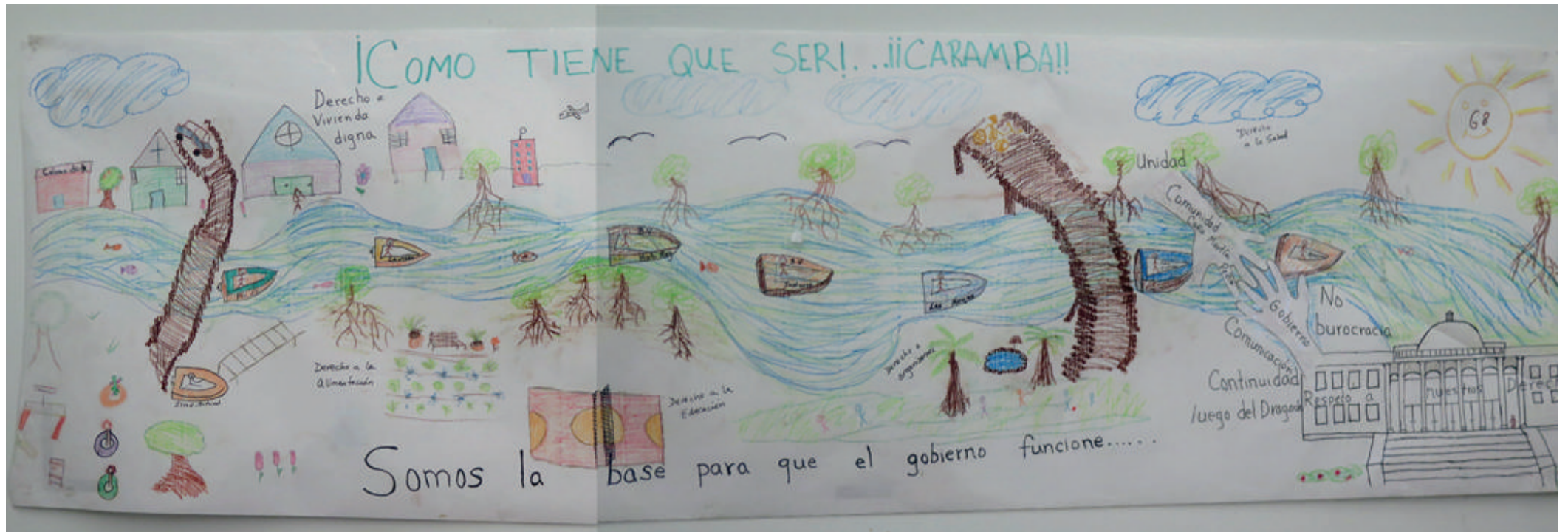
Neben den praktischen Beispielen aus der Ausstellung umfasst das Buch auch Essays verschiedener Autor*innen, die diese Zusammenhänge und die Bedeutung und Möglichkeiten von Architektur für eine zukunftsfähige Gesellschaft tiefer ausloten.

Die Zitate stammen aus der Einleitung von Angelika Fitz / Elke Krasny / Architekturzentrum Wien (Hg): *Critical Care. Architecture for a Broken Planet. Wien 2019.*



COMMUNITY LAND TRUST

Gemeinsames Eigentum an Grund und Boden



▲ Planung von unten: Rechtsansprüche der Dorfgemeinschaften werden in den Plan eingetragen.

Foto: Catalytic Communities

Der Community Land Trust ist in den USA, England oder Belgien ein lang bekanntes Modell, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. In den Ländern des globalen Südens stellt er eine Möglichkeit dar, informelle Siedlungen zu legalisieren und die Rechte ihrer Bewohner*innen abzusichern.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Im globalen Norden sind Community Land Trusts (CLT) Non-Profit-Organisationen, die durch kollektiven Landbesitz leistbares Wohnen für schwächere Einkommenschichten möglich machen. Das Land bleibt dauerhaft im Besitz des CLT und wird so dem Bodenmarkt entzogen. Nur die Häuser oder Wohnungen werden verkauft oder vermietet. Weil der Preistreiber meist der Bodenpreis ist, liegen die Preise dafür deutlich unter dem Marktpreis. Die Verwaltung des CLT obliegt üblicherweise einer Gruppe von Stakeholdern wie Bewohner*innen, Nachbar*innen, Bau- bzw. Technikexpert*innen, von der Regierung entsandten Vertreter*innen, usw. Hauptsächlich im englischsprachigen Raum aber auch in Belgien übernimmt dieses Modell die Aufgaben, die in eher sozialdemokratisch organisierten Wohlfahrtsstaaten der soziale Wohnbau übernimmt.

Gentrifizierungsdruck auf informelle Siedlungen

Im globalen Süden, wo es kaum sozialstaatliche Entwicklungen gibt, stehen Menschen mit geringem Einkommen vor anderen Problemen. Der Großteil wohnt in informellen Siedlungen, ohne Besitztitel, die aus verschiedenen Gründen unter Druck kommen. Der Caño Martín Peña Community Land Trust in San Juan in Porto Rico ist ein Beispiel, wie das Modell des CLT erfolgreich eingesetzt werden konnte, um die informellen Siedlungen zu legalisieren und

gleichzeitig den leistbaren Wohnraum für die dort wohnenden Menschen abzusichern.

»In den 30er- und 40er-Jahren des 20. Jahrhunderts wuchs San Juan durch große Zuwanderung aus ländlichen Regionen sehr schnell. In den Mangrovenfeuchtgebieten am Martín-Peña-Gezeitenkanal entstanden informelle Siedlungen. Jahrzehntlang kämpften die hier lebenden verarmten und marginalisierten Gemeinschaften für ein formelles Recht auf das von ihnen bewohnte Land.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts standen die acht Gemeinden und ihre 25.000 Bewohner*innen vor zwei Herausforderungen: Zum einen waren sie von einer Gentrifizierung durch den angrenzenden und schnell wachsenden Finanzdistrikt Puerto Ricos bedroht, zum anderen stellte der Kanal ein Umwelt- und Gesundheitsrisiko dar. Er war voll mit Abfall, etwa 3.000 Gebäude leiten ihre ungefilterten Abwässer direkt in den Kanal. Starke Regenfälle, Überschwemmungen und Hurrikans verschärften die Zerstörung des Ökosystems.

Landnutzungsplan von unten

Ein Top-Down-Ansatz mit großflächiger Sanierung hätte den Wert des Landes gesteigert und zur Verdrängung der ortsansässigen Gemeinschaften geführt. Stattdessen startete die Corporación del Proyecto ENLACE (eine Gruppe von Architekt*innen) gemeinsam mit einer Basisbewegung aus 13 gesellschaftlichen Gruppen der acht betroffenen Gemeinden einen partizipativen Prozess mit 700 Versammlungen und Workshops zwischen 2002 und 2004.« (Critical Care: S.153)

Gemeinsam wurde dort ein umfassender Plan für die Entwicklung und die Landnutzung für diesen Stadtteil entwickelt. Mit Unterstützung der Architekt*innen konnten die Bewohner*innen der acht Gemeinden erreichen, dass die Stadtregierung ein Gesetz verabschiedete, das einen CLT

ermöglichte. Dieser garantiert ihnen auf Dauer den kollektiven Besitz des Landes, auf dem ihre Häuser stehen. So war eine Sanierung der Umwelt und der Wohnhäuser möglich, ohne die Preise fürs Wohnen in die Höhe zu treiben. Dieser erfolgreich abgeschlossene Prozess zum kollektiven Landbesitz inspirierte auch Organisationen und Bewohner*innen von Favelas in Rio de Janeiro.

Lebensqualität in den Favelas

Die gemeinnützige Organisation »Catalytic Communities«, ursprünglich von Stadtplaner*innen gegründet, nun eine Organisation von verschiedenen Berufsgruppen, die sich mit der Legalisierung informeller Siedlungen und der Ermächtigung ihrer Bewohner*innen beschäftigt, hat die Vor- und Nachteile sowie die Bedrohungen der etwa 24 Prozent der Bevölkerung von Rio erforscht, die in informellen Siedlungen, den sogenannten Favelas wohnen. Wie Theresa Williamson im Buch zur Ausstellung (Critical Care: S.114ff.) berichtet, wurde festgestellt, dass diese Siedlungen mit ihren Bewohner*innen viele Qualitäten aufweisen, die sich die Menschen, die dort wohnen, sonst nicht leisten könnten: leistbares Wohnen, häufig in der Nähe des Arbeitsplatzes, die engen Straßen und kurzen Wege fördern Fußgänger und Radfahrer, die Architektur ist den Bedürfnissen der Bewohner*innen angepasst und sehr flexibel und anpassungsfähig, es entstehen dort lokale, solidarische Formen des Wirtschaftens und oft genug werden durch gegenseitige Hilfe auch öffentliche Dienstleistungen improvisiert, wenn die Regierungen nicht in der Lage oder nicht willens sind, diese anzubieten. Kurz, während häufig nur die negativen Aspekte von Favelas oder Slums wahrgenommen werden, bieten sie für ihre Bewohner*innen und sogar für die Stadt, auch viele Vorteile.

Durch das Wachstum der Städte und neue Stadtentwicklungskonzepte sind diese Siedlungen jedoch immer wieder vom Abriss oder von der Aufwertung bedroht. Zur Verfügung gestellte Ersatzwohnungen können den Menschen alle die nicht in Geldwert messbaren zusätzlichen Qualitäten nicht bieten und führen zu mehr Armut und Krankheit. Aber auch die Zuteilung von individuellen Eigentumsrechten an die Bewohner*innen – meist mit dem Ziel, diese zum Verkauf zu bewegen – haben oft negative Konsequenzen. Mit dem Geld aus dem Verkauf können die Menschen sich trotzdem keine adäquaten Wohnungen leisten und in jedem Fall werden auch sie aus ihren lebenswichtigen sozialen Netzwerken herausgerissen. Eine solche Bedrohung entstand in Rio durch die Vorbereitungen für die Olympischen Spiele 2016.

Wir wollen keine Besitzrechte!

Mit den Erfahrungen, dass individuelle Besitztitel ihnen nicht weiterhelfen, haben sich viele Bewohner*innen von Favelas unter der Koordination von Catalytic Communities zusammengeschlossen um ihre Rechte zu verteidigen und Lösungen zu entwickeln, die ihnen ermöglichen, ihre informellen Siedlungen zu legitimieren und trotzdem in ihren Häusern und ihren Communities leben zu können. Eine Abordnung fuhr nach Puerto Rico, um sich vor Ort zu informieren. Fünf Delegierte des Caño Martín Peña CLT kamen nach Rio und hielten eine Reihe von Workshops mit lokalen Community Organizern der Favelas, mit Verwaltungsangestellten, mit Wissenschaftlern und anderen Interessierten, in denen ausgelotet wurde, ob und wie die Erfahrungen aus Puerto Rico für Rio fruchtbar gemacht werden können. Mit diesen Erfahrungen setzt sich Catcomm nun für entsprechende Gesetze in Brasilien ein.

Link: catcomm.org/get-to-know-favela-community-land-trusts

Angelika Fitz / Elke Krasny / Architekturzentrum Wien (Hg):
Critical Care. Architecture for a Broken Planet. Wien 2019.



▲ Treffen zwischen Menschen aus San Juan und Rio de Janeiro zum Thema CLT

Foto: Catalytic Communities

ANZEIGE

Niddastr. 64 VH - 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
 www.express-afp.info
 Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 1/20 u.a.:

- Torsten Bewernitz: »Die Gewerkschaft von morgen?« – Die IG Metall Mannheim stellt die Weichen auf »gesamthafte« Organizing
- »Betriebsversammlung auf Malte« – Interview mit Aktiven von chefduden.de
- René Kluge: »Mitbestimmung bei der Personalbemessung?!« – Tipps für die Betriebsratsarbeit
- Romin Khan: »Kein wir ohne uns« – Diskussion über eine Quote für MigrantInnen auf dem ver.di-Bundeskongress
- »Macht mehr draus!« – Interview mit Jürgen Hinzler über die internationale Coca-Cola-Konferenz, Paris
- Slave Cabela: »Die rote oder die blaue Pille?« – Zu Genese und Kritik des Populismus
- »Im Schatten der Textilfabriken« – Arndt Dohmen im Interview über medizinische Versorgung von ArbeiterInnen in Bangladesch

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per mail oder Telefon bestellen

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

SCHWERPUNKT ARCHITEKTUR FÜR EINEN PLANETEN IN DER KRISE

MODELLPROJEKT FÜR GEMEINWOHLORIENTIERTE KOOPERATIVE STADTENTWICKLUNG



Haus der Statistik

Die Stadt als Ort der gesellschaftlichen Vielfalt ist in Gefahr. In Berlin wird der Wachstumsdruck besonders deutlich: steigende Bodenpreise, knapper werdende bezahlbare Wohn- und Gewerberäume sowie ein zunehmender Verdrängungsdruck für Akteure aus den Bereichen Kunst, Kultur, Bildung, Gewerbe und Soziales.

ZUSAMMENKUNFT BERLIN E.G.

Grund und Boden sind unvermehrbar und unentbehrlich, daher bedarf es einer neuen, gemeinwohlorientierten und kooperativen Entwicklung unserer Städte. Das ehemalige Haus der Statistik, ein Ensemble von sechs Gebäuden, in unmittelbarer Nähe zum Berliner Alexanderplatz gelegen, bietet die Möglichkeit, diese Forderung modellhaft umzusetzen.

Seit 10 Jahren steht der 50.000 qm große Gebäudekomplex mitten in Berlin leer. Die vorhandene Bausubstanz galt als unvermarktbar, der ganze Komplex sollte abgerissen und mit kommerziellen Nutzungen wie Einzelhandel, Hotels, Büroflächen und Wohnungen durch private Investoren neu bebaut werden.

Protest zeigt Wirkung

Eine künstlerische Protestaktion am Haus der Statistik brachte 2015 Bewegung in die Sache: Die Allianz bedrohter Berliner Atelierhäuser, eine Gruppe engagierter Künstler*innen, brachte während der Berlin Art Week ein großes Poster im Stile eines offiziellen Bauschildes an der Fassade an. Damit wurde die Diskussion um die Zukunft des Gebäudekomplexes in die Öffentlichkeit getragen. Kurz darauf gründete sich die Initiative Haus der Statistik, ein Bündnis von verschiedenen Berliner Akteur*innen: soziale und kulturelle Einrichtungen, Kunstkollektive, Architekt*innen, Stiftungen und Vereine unterstützen das Ziel, in der Innenstadt bezahlbare Räume für verdrängte Nutzer*innengruppen zu schaffen. Die Forderung aus der Zivilgesellschaft, das Haus der Statistik in einer kosteneffektiven Nutzungsmischung als Gemeingut zu sichern, wurde schließlich von Verwaltung und Politik aufgenommen. Ende 2017 wurde das Haus der Statistik durch das Land Berlin vom Bund erworben und damit der Weg frei für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung des Quartiers.

Um eine gemeinsame Entwicklung von Akteur*innen mit unterschiedlichen Bedürfnissen zu ermöglichen, wurde eine neuartige, sehr konstruktive Akteurskonstellation geschlossen, die sogenannte Koop5: sie besteht aus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, dem Bezirksamt Berlin-Mitte, den landeseigenen Gesellschaften WBM Wohnungsbau-Gesellschaft Berlin-Mitte mbH und BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH sowie der ZUSAMMENKUNFT BERLIN eG (ZKB eG). Diese Genossenschaft konstituierte sich im April 2016 aus der aktiven Kerngruppe der Initiative Haus der Statistik, um als rechtsfähiger Partner Teil des weiteren Entwicklungsprozesses zu werden. Wichtig war den Initiator*innen, dass die Initiative neben der Entwicklungsgenossenschaft weiter besteht; sie bleibt offen für alle Interessierten und bündelt viele Un-



▲ »Alexanderplatz« als Symbol für einen andersartigen Ort der Begegnungen

Foto: Felix Marlow

terstützer*innen.

Modellprojekt

Modellhaft am Projekt Haus der Statistik ist zum einen die Kooperationsgemeinschaft aus Verwaltung, landeseigenen Unternehmen und Zivilgesellschaft, die als (perspektivische) Bauherr*innen gemeinsam und gleichberechtigt die Entwicklung des Quartiers Haus der Statistik verantworten. Dabei ist vor allem die Einbindung der Zivilgesellschaft als fester gleichberechtigter Kooperationspartner in das Verfahren in Form der ZKB eG besonders. Auf diese Weise bekommt die Mitwirkung der Stadtgesellschaft am Projekt eine andere Verbindlichkeit, da sie impliziter und praktizierter Bestandteil eines kooperativen städtebaulichen Entwicklungsverfahrens ist. Zudem ist für das Modellprojekt bezeichnend, dass auf dem Areal Haus der Statistik ein gemeinwohlorientiertes Quartier mit einer besonderen Nutzungsvielfalt aus bezahlbarem Wohnen, Verwaltung, Kunst, Kultur, Bildung und Soziales entstehen wird. Als Erfolg mit entsprechendem modellhaftem Charakter können auch die Kooperationsvereinbarungen gesehen werden, mittels derer sich die Koop5 zu einer gemeinsamen Quartiersentwicklung bekennen. Diese regelmäßigen Vereinbarungen, halten sowohl gemeinsame Werte als auch reale Verpflichtungen (Flächenverteilung, Kostenteilung etc.) für die weitere Projektentwicklung fest.

Gemeinsame und gegenseitige Verantwortung

In der selbstdefinierten Zielsetzung der Koop5 steht das Modellprojekt Haus der Statistik für die gemeinsame und gegenseitige Verantwortung, die sich bis in die Nutzung hinein verstetigt; für die Verpflichtung, Gemeinwohl zu realisieren und die breite Mitwirkung der Stadtgesellschaft in das Verfahren zu integrieren; weiterhin für eine Quartiersentwicklung mit einer Nutzungsvielfalt aus Wohnen, Verwaltung, Sozialem und Kultur, die den Ort und die außergewöhnlichen Lage im Stadtgebiet optimal nutzt, sowie die Schaffung eigener Nachhaltigkeitsstandards.

Im gesamten Quartier Haus der Statistik sollen bereits die Erdgeschosse die gemeinwohlorientierte Nutzungsvielfalt abbilden. Als Prototyp für diese Erdgeschossnutzung wurden die Pioniernutzungen als Teil der breiten Mitwirkung der Stadtgesellschaft etabliert. Seit Sommer 2019 werden im Rahmen der Pioniernutzungen ausgewählte Erdgeschossflächen nach elf Jahren Leerstand an Nutzer*innen vergeben; die Vergabe wird durch ein Quartiers-Gremium

geregelt. Das Quartiers-Gremium besteht aus Vertreter*innen der Koop5, der Nachbarschaft und der Bereiche Kunst und Kultur, Bildung, Soziales und Ernährung und entwickelt sich in einem lernenden Prozess als Entscheidungsgremium mit dem Projekt weiter.

Diese Pioniernutzung ist bereits die zweite Phase eines bis 2028 angelegten Prozesses. Nach der Phase 0, in der die Weichen für ein komplexes Beteiligungssystem gestellt wurden, begann von September 2018 bis Februar 2019 die erste Planungsphase, das »integrierte Werkstattverfahren«, das in seiner engen Verzahnung verschiedener Prozessschritte und Akteure modellhaft für weitere Projekte ist und als Prototyp kooperativer Stadtentwicklung dienen kann.

Sechs intensive Monate

Als Alternative zu einem üblichen Wettbewerbsverfahren, in dem Planungsbüros anonym konkurrierend arbeiten und bewertet werden, wurde für das Modellprojekt Haus der Statistik ein diskursives und kooperatives Verfahren gewählt, in dem Projektsteuerung, Planung und Mitwirkung eng miteinander verzahnt wurden.

Die Mitwirkung der Stadtgesellschaft im Planungsprozess ist ein zentraler Baustein des Verfahrens. Zentraler Ort der Mitwirkung des Prozesses war und ist die »Werkstatt Haus der Statistik«. Hier werden verschiedene öffentliche Formate der Mitwirkung umgesetzt. An zwei Nachmittagen pro Woche öffnet das »Café Statistik«, um eine kontinuierliche und transparente Mitwirkung zu gewährleisten. Jede*r war eingeladen vorbeizukommen und sich bei einem Kaffee über das Projekt und Möglichkeiten der Mitwirkung zu informieren. Zusätzlich fanden in der Werkstatt Workshops zu spezifischen Themen (Wohnmodelle, Bebauungsdichte etc.) statt, sowie offene Vernetzungsratschläge, um Interessierte und bereits Aktive zusammenzubringen und Fragen aus der laufenden Entwicklung abzustimmen. Mitglieder der ZKB eG hatte zudem die Rolle der Botschafterin und damit die Aufgabe, die Rückmeldungen der Stadtgesellschaft, die in der Werkstatt gesammelt wurden, in den laufenden Entwicklungsprozess einzubringen. Darüber hinaus gab es die Möglichkeit für Interessierte aus der Stadtgesellschaft, sich als Vertreter*innen in das Obergutachter*innengremium (OGG) wählen zu lassen und so in den vier Kolloquien nachbarschaftliche Belange ins Verfahren einzubringen.

Neben der Mitwirkung in der Werkstatt und im OGG wurden mithilfe von öffentlichen Veranstaltungen die (Zwischen-)Ergebnisse geteilt

und diskutiert. Diese übergeordneten Informationsveranstaltungen dienten sowohl dazu, den aktuellen Stand des Verfahrens zu vermitteln, als auch Rückfragen oder Anregungen zu formulieren. Am Ende der Planungsphase folgte ein längerer Konsultations- und Überarbeitungsprozess der eingereichten Pläne, bis die Koop5 im Konsens entschied, den Beitrag der Planungsgemeinschaft Teleinternetcafé/Treibhaus für die weitere Entwicklung als Grundlage zu verwenden.

Rechtliche Absicherung

Der städtebauliche Entwurf wird aktuell in einen Bebauungsplan für das Areal überführt. Die Werkstatt ist weiterhin zweimal wöchentlich geöffnet, einmal im Monat findet der Ko-Markt statt, eine Art Tag der offenen Tür der Pioniernutzungen, an den sich auch das Café Statistik angegliedert hat. An der Quartiersentwicklung kann man im Rahmen von Themenabenden, Quartierslaboren und Vernetzungsratschlägen mitwirken. Interessent*innen für die Pioniernutzung der Räume können sich laufend bewerben. Die ZKB als zivilgesellschaftlicher Akteur wird von den anderen Partnern der Koop5 für die Durchführung der Mitwirkungsprozesse bezahlt, trotzdem wäre es ohne das Engagement vieler nicht möglich, diese komplexe Struktur am Laufen zu halten. Das Ziel für 2020 ist es, den rechtlichen und organisatorischen Rahmen des Modellprojekts abzusichern.

Der Text besteht aus Auszügen von zwei Broschüren, die von der Koop5 herausgegeben wurden und unter folgenden Links in voller Länge nachgelesen werden können:

hausderstatistik.org/wp-content/uploads/Modellprojekt_Brosch%C3%BCre_Band-1.pdf

hausderstatistik.org/wp-content/uploads/Modellprojekt_Brosch%C3%BCre_Band-2.pdf

Unsere Schwerpunkte in den nächsten Ausgaben

März: Wie wollen wir 2048 leben? (in Kooperation mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie)

April: Selbstorganisation und Sexualität

Mai: Kampagne »Büchel - atomwaffenfrei jetzt!«

Juni: Kollektives Arbeiten

Juli/August: Selbstorganisierte Kunst

Mehr Infos unter: contrast.org/schwerpunktplanung

ANZEIGEN

Informativ, knapp und klar:

Ossietyky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietyky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegieriger Casselle hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietyky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietyky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietyky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietyky Verlag GmbH • ossietyky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietyky.net

KRITISCHE BETRACHTUNG DES KONZEPTS VON SIRPLUS

Lebensmittelrettung - auf wessen Kosten?

»Es gibt kein richtiges Leben im falschen« lautet eine vielzitierte Aussage von Theodor W. Adorno. In Bezug auf das Konzept von den SirPlus-Supermärkten passt dieses Zitat bestens. Im Jahr 2017 hat die erste Filiale von SirPlus in Berlin eröffnet. Der Name ist ein Wortspiel mit dem englischen »surplus« (dt. Überschuss). Mittlerweile gibt es vier Filialen in Berlin, die überschüssige Lebensmittel »retten«, ein Online-Bestellservice für Lebensmittel und das Angebot eines veganen Caterings.

MAURICE SCHUHMAN, BERLIN

Fast 13 Tonnen Lebensmittel landen pro Jahr im Müll. Mehr als 50 Prozent davon stammen aus Privathaushalten. Laut Statistik wirft jede*r Deutsche 85 kg Lebensmittel pro Jahr weg. Außerdem ist unser Einkaufsverhalten mitverantwortlich. Für unser Geld wollen wir die beste Ware – und uns werden gewisse Normen in Bezug auf Formen und Größen von Lebensmitteln präsentiert. Nicht-Normen-gerechte Produkte werden aussortiert. Ebenso führt das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) – selbst auf haltbaren Waren wie Salz oder Eiswürfel – dazu, dass intakte Produkte kurzerhand im Müll landen. Rund die Hälfte der in Deutschland hergestellten Lebensmittel bzw. importierten Lebensmittel landen in der Mülltonne.

Aus diesem Grund haben Raphael Fellmer, der bereits bei der Initiative »Foodsharing« mitgewirkt hat, und Martin Schott beschlossen, die Idee von Lebensmittelrettung in Form einer Supermarktkette namens SirPlus umzusetzen, d.h. Lebensmittel, die noch gut sind, wieder in den Verwertungskreislauf zurückzuführen – und das Ganze auch noch massentauglich zu machen.



▲ Der neue Rettermarkt in Berlin-Steglitz

Foto: Sabrina Hrdina

Auf der Webseite beschreiben sie als Ziel der Initiative: »Wir wollen das Lebensmittelretten »mainstream« machen und so die Verschwendung massiv reduzieren! Wir wollen alle Lebensmittel wertschätzen und ihnen den Weg zurück in den Kreislauf des Lebens ebnen. Wir wollen allen Konsumenten und Produzenten, aber auch gemeinnützigen

Einrichtungen eine Lösung bieten, um Verschwendung und Überproduktion nachhaltig zu reduzieren. Wir wollen die Ressourcen unseres Planeten bewahren!« Inwieweit sie damit bereits im Mainstream angekommen sind, zeigt ihre große Preseresonanz in den regionalen als auch überregionalen Print- als auch Rundfunkmedien.

Die Idee scheint auf den ersten Blick sehr gut zu sein – ökologisch, sozial und aufklärerisch. SirPlus kauft Supermarktketten sehr günstig Produkte ab, die kurz vor dem Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums stehen bzw. dieses bereits überschritten haben. Diese werden dann im Schnitt für 40 Prozent, in Einzelfällen oder bei überschrittenem MHD

bis zu 80 Prozent unter dem normalen Ladenpreis angeboten. Das Paradox lässt sich dabei nur schwer verdecken: Im Kapitalismus lässt sich selbst mit »Müll« noch Geld machen. Für die Unternehmen, die diese Lebensmittel abgeben rechnet sich dies.

Aus diesem Aspekt macht SirPlus auch keinen Hehl: »Während die Händler ihre überschüssigen Lebensmittel kostengünstig an uns abgeben, reduzieren sie Abfallkosten und stärken ihren Einsatz für nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und ihre soziale Verantwortung.« Man könnte meinen, dass es auf eine Win-Win-Situation hinausläuft: die Unternehmen haben etwas davon und die Verbraucher*innen können günstiger und mit einem besseren Gewissen diese Produkte im Supermarkt erwerben. Die Verlierer davon drohen einerseits die Tafeln zu sein, die mit den SirPlus-Supermärkten um die Spenden konkurrieren müssen, und andererseits Menschen, die containern gehen (müssen). Hier zeigt sich ein blinder Fleck im Konzept: Umweltschutz droht auf Kosten der Ärmsten der Gesellschaft zu verlaufen – und die Preise im SirPlus-Supermarkt sind auch noch weit entfernt von »billig«, so dass auch hier eine gewisse Schicht einkaufen geht.

Die SirPlus-Homepage erklärt hierzu zwar: »Für uns sind die Tafeln und Foodsharing Partner. Mit anderen Lebensmittelrettern arbeiten wir eng zusammen. Zudem spenden wir Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen und soziale Projekte. Bei unseren Partnern hat die Tafel immer Vorrang. Wir holen das ab, was andere Organisationen aus verschiedenen Gründen nicht retten können.« Inwieweit dies aber auch in der Realität gewährleistet werden kann, ist fraglich.

Website von SirPlus: <https://sirplus.de>

LOS GEHT'S 2020

Das Richtigere im Falscheren!

Die politischen Kommunen im deutschsprachigen Raum laden Ende Mai wieder zum Los Geht's ein – ein Treffen für Menschen, die am Leben in Kommune interessiert sind. Dort soll auch diskutiert werden: Was wurde in den letzten 40 Jahren Kommune erreicht – und was nicht? Wie lassen sich Kommunen und Klima-Aktivismus noch stärker zusammen denken?

ORGA-TEAM LOS GEHT'S

Die kapitalistische Wirtschafts- und Lebensweise treibt uns mit Vollgas in weltweite multiple Krisen. Das scheint vielerorts inzwischen unstrittig. Gekämpft wird noch um die Option eines grünen Wachstums. Alternativen zu unserer westlichen imperialen Lebensweise sind zwar noch nicht mehrheitsfähig, aber sie werden doch immer mehr! Viele Menschen versuchen, durch bewussten, eingeschränkten Konsum ihren Lebensstil klimagerechter und ihren ökologischen Fußabdruck kleiner zu bekommen. Dieser Schritt allein wird die Verhältnisse aber nicht ändern. Die Mehrheit der Gesellschaft müsste eigentlich wissen, dass mit einer CO₂-Bepreisung die Welt, in der wir leben, so nicht mehr zu retten ist. Wir brauchen viel umfassendere gesellschaftliche Veränderungen, als das enttäuschende Klimapakete der Bundesregierung anbietet.

Einer allgemeinen Ratlosigkeit und Ohnmacht setzt die weltweite Fridays



▲ In diesem Jahr findet endlich wieder das Los Geht's statt - ein Treffen für Menschen, die am Leben in Kommune interessiert sind.

Foto: KommuJa

for future-Bewegung angesichts des drohenden Klimakollaps nun seit einem Jahr Schulstreiks und öffentliche Aktionen entgegen, um Politik, Gesellschaft und Entscheidungsträger*innen auf allen Ebenen zu einem Ausstieg aus diesem zerstörerischen System zu bringen. Viele weitere Bewegungen widmen sich mit Vollzeitpower dem Ausstieg aus der Kohleverstromung wie zum Beispiel Ende Gelände, die Klimacamps, Extinction Rebellion oder die Kämpfe um den Hambacher Wald zeigen. Die Anzahl der politisch aktiven Menschen scheint stetig anzuwachsen und das gibt Hoffnung.

Gleichzeitig werden viele politische Aktive auslaugt, wenn sie nach einem Jahr voller Aktivismus resigniert fest-

stellen müssen, dass ihr Einsatz zu wenig gebracht hat. Sie müssen erleben, dass ihr übriges Leben auf der Strecke bleibt und sie sich nur noch um wenig anderes kümmern können. Damit verkümmert die gerade aufgekeimte Hoffnung wieder.

Wie wäre es, Orte zu haben, in denen alternative Lebenskonzepte jenseits der imperialen Lebensweise schon heute gelebt werden? Wie wäre es, Orte zu haben, die sich stetig um die Verbesserung der eigenen Ökobilanz kümmern? Wie wäre es, Orte zu haben, in denen gemeinsam nach Lösungsstrategien gesucht wird, dem Entweder-Oder von Aktivismus versus Rückzug ins Private zu entkommen?

Wie wäre es, Orte zu haben, die sich in das lokale Geschehen einmischen? Wie wäre es, Orte zu haben, in denen das Richtigere im Falschen versucht wird? Wir möchten das Konzept Kommune auf dem Los Geht's 2020 zur Diskussion anbieten.

Dazu laden wir alle Interessierten ein, die Kommunen gründen möchten und wir laden insbesondere jene ein, die sich in den verschiedenen politischen Bewegungen engagieren. Gemeinsam mit euch möchten wir Fragen erörtern, wie das Richtigere aussehen muss, wenn es das Richtige schon nicht geben kann. Wir möchten diskutieren, was wir in 40 Jahren Kommune erreicht haben und was

nicht. Wir möchten diskutieren, wie Aktivismus und Abkehr von der imperialen Lebensweise zusammen geführt werden können und ob Kommunen darauf Antworten anbieten können.

Das Los Geht's 2020 findet vom 28. Mai bis 1. Juni in der »Freien Feldlage« in Harzgerode statt. Anmeldung und Infos unter: www.losgehts.eu

ANZEIGE

Deutschland und die Welt 12

Tourismus
Ordnung in Entwicklungsländern

Ist der Ferntourismus aus den reichen Ländern nützlich oder schädlich? Wer profitiert, wer verliert?

Tourismus
Urlaub in Entwicklungsländern
Magazin Verlag, 2014, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

STUDENTISCHE PROJEKTTUTORIEN

Zwischen akademischem Kapitalismus und Selbstorganisation



▲ Die Projektstudien an der HU Berlin stehen für selbstbestimmtes und kritisches Lernen statt für die neoliberale Lernfabrik.

Foto: fubrennt / flickr (2009)

Lehren und Lernen an der Universität: Damit assoziieren viele die Vorstellung von überfüllten Hörsälen und zähen Vorlesungen. Die Profs tragen ihr Skript vor, die Studierenden schreiben mit und hoffen am Ende des Semesters ihre Prüfungen zu bestehen. Diskussion und Kritik? Fehlzanzeige. Dieses Klischee trifft genauso oft zu, wie es nicht zutrifft.

ROBERT TIEDE, BERLIN

Ein ganz anderes Bild der universitären Lehre und des gemeinsamen Lernens scheinen die studentischen Projektstudien (PT) zu zeichnen: Es ist 14:15 Uhr, Seminarbeginn vom PT »Anarchismus heute«. Der Raum ist eigentlich zu klein, weil das Interesse wie so oft bei den Tutorien zu groß ist. Abgewiesen wird niemand. Der/die Tutor*in und die Teilnehmer*innen sprechen sich erstmal ab, wer in dieser Sitzung die Redeliste übernehmen will. Dann werden die vorgeschlagenen Themen für das Semester gemeinsam besprochen und basisdemokratisch festgelegt. Die Sitzungen werden von den Teilnehmenden selbstständig gestaltet; Abläufe, Strukturen und Inhalte immer wieder

hinterfragt. Zum Schluss jeder Sitzung wird die gemeinsame Feedbackrunde eingeläutet, in der die Texte, die Sitzungen und der Umgang miteinander reflektiert werden. So kann eine Sitzung eines Projektstudiums aussehen.

Welche Potentiale bietet dieses Format im Gegensatz oder als Ergänzung zu den klassischen Seminaren und Vorlesungen? Seit Jahren beklagen kritische Studierende und Wissenschaftler*innen die Neoliberalisierung der Hochschulen. Freiräume werden immer weiter eingeschränkt, Studierende sollen für den Arbeitsmarkt verwertbar gemacht werden, Forschung und Lehre werden zunehmend in Konkurrenz- und Bewertungssysteme umgewandelt. Forderungen nach selbstbestimmtem und kritischem Lernen und Lehren treffen auf große Widerstände. Doch bestehen diese unabhängigen, selbstorganisierten und kritischen Formate nicht bereits in einigen universitären Nischen? Können beispielsweise die an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) angebotenen und geförderten Projektstudien als Ausdruck dieser Alternativen gesehen werden? Inwiefern können die PT überhaupt als selbstorganisiert gelten und welches emanzipatorische Potential bieten sie?

Entgegen gesellschaftlichen Strukturen

Als basisdemokratisch und selbstorganisiert verstehe ich horizontale Strukturen zur Umsetzung des Willens und der Bedürfnisse gleichberechtigter Menschen in einer Gruppe. Die Entscheidungsfindungen sollen dabei gleichberechtigt ablaufen und die Delegation von Aufgaben und Kompetenzen grundsätzlich von unten nach oben erfolgen. Damit grenzt sich dieser Ansatz bereits stark von den sonst gängigen vertikalen Gesellschaftsstrukturen ab, in denen aufgrund verschiedener Macht- und Ressourcenverteilungen Herrschaftsverhältnisse bestehen. Dies gilt nicht zuletzt für das akademische Feld. Auch hier sind soziales, ökonomisches, kulturelles und symbolisches Kapital ungleich verteilt. Das spiegelt sich auch in der hierarchischen Gliederung in Nicht-Studierende,

Studierende, studentische Hilfskräfte, wissenschaftliches Personal, Profs und Präsidium der Universität wider. Insbesondere aufgrund der neoliberalen Umstrukturierungen der Universitäten seit den 1980er Jahren spricht der Soziologe Richard Münch auch vom »Akademischen Kapitalismus« (Münch 2011) und Sighard Neckel sogar von einer »Refeudalisierung der Gesellschaft« (Neckel 2016).

In dem Spannungsfeld zwischen Basisdemokratie und akademischem Kapitalismus befinden sich die PT der HU. Diese gehen konzeptionell auf die – 2002 gestrichenen – Projektstudien der Freien Universität Berlin (FU) und die Projektwerkstätten der Technischen Universität Berlin (TU) zurück. Die Tutorien der FU entstanden 1988/89 im Rahmen des Streiks der studentischen Hilfskräfte, der »UNI-MUT«-Bewegung und der Ausrufung der »Befreiten Uni« (vgl. zur Geschichte der Berliner Tutorien, zum Streik von 1986, zur Einführung und Streichung der Tutorien: Suchan 2008; Schultheis 2018). Ähnliche studentisch geleitete Seminare gibt es in Form von »autonomen Tutorien« beispielsweise an der Goethe-Universität in Frankfurt a. M. und an der TU Darmstadt.

Zurzeit fördert die HU bis zu zwölf PT pro Semester. Interessierte Studierende stellen einen Antrag, dem ein Gutachten von einem*einer Wissenschaftler*in der HU beigelegt werden muss. Bei einer Zusage durch die zuständige Auswahlkommission der Universität wird ein Hilfskraftgehalt für zwei Semester vergeben.

Ein horizontaler Freiraum

Das PT bietet nach der Zusage einen Freiraum für alternative Themen, Konzepte und Ideen. Im Wintersemester 2019/20 werden beispielsweise die Tutorien »Feministische politische Theorie« oder »Ökologische Nachhaltigkeit in Südostasien« angeboten. Damit ergänzen die Tutorien häufig den bestehenden Lehrplan um kritische Lehrinhalte. Mit der Förderung bleiben die Konzeption, Organisation und Durchführung dem/der Tutor*in überlassen. Das heißt, auch basisdemokratische Konzepte können im Tutorium umgesetzt werden. Die konkrete Umsetzung und Ausgestal-

tung der PT bleibt der organisierenden Person überlassen, sodass sich alternative Formen des nicht-hierarchischen Lernens verwirklichen lassen.

Andererseits erscheinen die PT auch als Auslagerungsinstrument der kritischen Lehre. Die Institute müssen die stark nachgefragten, aber oft kritischen Themen nicht selbst anbieten. Die Universität kann stattdessen mit sehr billiger Arbeitskraft für viele Studierende relevante Inhalte anbieten. Die Studierenden erbringen hier auch Studienleistungen.

Hinzukommt, dass die Umsetzung horizontaler Strukturen schwierig sein kann oder sogar scheitert, da das jeweilige PT sich natürlich immer noch im bestehenden System befindet: Es wird oft erwartet, dass die klassische Seminarstruktur bestehen bleibt und die Leitenden sich Überlegungen zu Methoden und Didaktik machen. Außerdem wird ein Gehalt an die Leitung ausgezahlt, sodass auch hier Leitungskompetenzen seitens der Universität zugeteilt werden. Aus dieser Struktur resultiert verständlicherweise die Erwartung der teilnehmenden Studierenden, dass die Leitung viel Input gibt und die bestehende Lehr-Lern-Richtung erhalten bleibt. Damit muss generell hinterfragt werden, inwiefern das Ganze als selbstorganisiert oder basisdemokratisch gelten kann.

Die politische Dimension

Richard Münch sieht die Universitäten in einem Spannungsfeld zwischen »innerer Freiheit und äußerer Zweckbestimmung« (Münch 2011: S. 361). In diesem Widerspruch befinden sich auch die PT. Sie erweitern innerhalb dieses universitären Systems die Möglichkeiten kritischer und emanzipatorischer Bildung. Andererseits befinden sie sich in den genannten sozialen und ökonomischen Strukturen, die die Umsetzung dieses Potentials begrenzen können.

Die politische Dimension der PT zeigte sich zuletzt im Streik der studentischen Beschäftigten in Berlin für einen neuen Tarifvertrag. Hier schlossen sich viele Tutor*innen der HU an und bestreikten 13 der 19 Projektstudien (Erklärung 2018).

Insgesamt sollten die PT von den Studierenden daher als Möglichkeiten

der Kritik, Emanzipation und Selbstorganisation wahrgenommen und im Konfliktfall verteidigt werden. Hier können sie eigene Themen umsetzen, einbringen und beim Aufbau universitärer horizontaler Strukturen mitwirken. Da die überwiegende Mehrheit der Universitäten solche Projekte gar nicht fördert oder die Fördermittel gestrichen wurden, steht grundsätzlich zu befürchten, dass auch andernorts diese Möglichkeiten in Zukunft wieder in Bedrängnis geraten könnten. Nur eine aktive, politische und kritische Studierendenschaft kann solche Kürzungen im Zweifelsfall verhindern oder neue Freiräume beispielsweise durch Bildungsstreiks erkämpfen.

Ob die Projektstudien selbstorganisiert und basisdemokratisch sind, ist abhängig von den am Projekt beteiligten Studierenden. Fakt ist aber, dass sie eine Möglichkeit darstellen, einen Teil der Universität von unten zu gestalten und Alternativen aufzuzeigen. Es kommt schlussendlich auf die Studierenden an, die gängigen Strukturen zu hinterfragen und horizontale Formate aufzubauen.

Zeitschrift »Unerzogen«

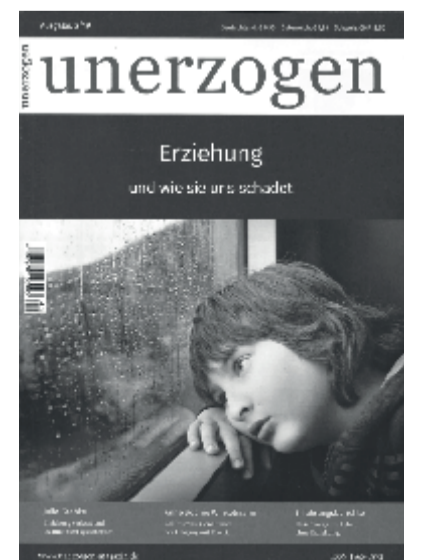
Im vierteljährlichen Rhythmus erscheint beim Tologo-Verlag das erziehungskritische Magazin »Unerzogen«. Die Schwerpunktthemen sind z.B. »Erziehung und wie sie uns schadet«, »Kommunikation von Anfang an« oder »Das andere Elternteil. Perspektiven der Väter«. Die Beiträge stammen von »Expert*innen«, d.h. Psycholog*innen, Autor*innen relevanter Literatur, Eltern, Psycholog*innen, Lernbegleiter*innen und Betroffenen. Neben Beiträgen zum jeweiligen Schwerpunkt gibt es feste Rubriken wie »Bildung und Schule« und »Familie und Gesellschaft« sowie Rezensionen (Print, Websites, Filme). Weiterhin werden auch Projekte vorgestellt – z.B. das Kinderrechtsbüro Sachsen oder des Projekts Mein Papa kommt – sowie jeweils ein bis zwei Kolumnen von der Autorin und Familienberaterin Naomi Aldort.

Die Zielgruppe sind Eltern, die versuchen, andere Wege zu gehen – sei es in Form alternativer Pädagogik oder Antipädagogik – sowie Menschen, die sich mit Alternativen zur herkömmlichen Pädagogik beschäftigen. Ein großes und häufig wiederkehrendes Thema ist auch das Konzept des Freilernens. Im Gegensatz zu dem stärker fokussierten Magazin »Freilerner« wird stärker auf »Expert*innen« zurückgegriffen und ein breiteres Spektrum abgedeckt. Das erreichte Niveau ist sehr hoch – nicht nur in Bezug auf ein sehr professionelles Layout.

Das Magazin kostet in Deutschland 6,90 Euro und kann über die Website des Tologo-Verlages oder die Seite des Magazins geordert werden.

Maurice Schuhmann

Link: <https://www.unerzogen-magazin.de>



Literatur

Erklärung (2018): Statement der streikenden Projektstudien an der HU, 04.06.2018.

Schultheis, Joshua (2018): Projektstudien an der FU - Über Chancen und Tücken studentischer Lehre.

Münch, Richard (2011): Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Suhrkamp Verlag, Berlin.

Neckel, Sighard (2016): Die Refeudalisierung des modernen Kapitalismus, in: Bude, Heinz/Staab, Philipp (Hg.): Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen, Campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 157-174.

Suchan, Manfred (2008): Tutorien, Projektstudien, Projektwerkstätten. Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven eines Berliner Reformmodells; in: Allgemeiner Studierendenausschuss der FU Berlin, Hrsg. Fu60: Gegendarstellungen: 60 Jahre Freie Universität; 40 Jahre kritische Uni; 20 Jahre b-freite Uni. Asta-Magazin. Berlin: Asta FU, S.108-113.

ORGANISATION DEMOKRATISCHER UNTERNEHMEN



Clemens Schimmele legt eine Publikation vor, die 2018 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln als Dissertation angenommen wurde.

Zielgruppen sind laut Selbstdeklaration »Lehrende und Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Fach- und Führungskräfte im Genossenschaftswesen«. Interessant ist die Studie aber auch für diejenigen, die sich mit Fragen der Wirtschaftsdemokratie und mit Unternehmen beschäftigen, in denen demokratisch-selbstverwaltete Strukturen verankert werden sollen.

Schimmele geht der Frage nach, was die Erfolgsbedingungen für Produktivgenossenschaften sind. Dabei beschäftigt er sich besonders mit den Aspekten der Selbstfinanzierung und der Aufnahme neuer Mitglieder. Denn die beiden gängigen Thesen hierzu lauten, dass erstens die Mitglieder von Produktivgenossenschaften aufgrund des Fehlens einer hierarchischen Überwachung keinen vollen Arbeitseinsatz erbringen und zweitens, dass durch einen begrenzten Planungshorizont der Mitglieder die Selbstfinanzierung ausbleibe, nötige Investitionen nicht getätigt würden und aufgrund der verringerten Wettbewerbsfähigkeit die Produktivgenossenschaft wirtschaftlich scheitern würde.

Als empirische Basis wählte Schimmele sieben erfolgreiche Produktivgenossenschaften in den USA aus, darunter die größte amerikanische Produktivgenossenschaft »Cooperative Home Care Associates«, die 1985 gegründet wurde und zum Zeitpunkt der Untersuchung mit 2.100 Beschäftigten im Bereich der ambulanten Pflege agierte. Schimmele führte vor Ort insgesamt 18 Interviews durch, sowohl mit der Managementebene als auch mit einfachen Mitgliedern und legte hierzu 8.000 Kilometer zurück.

Das Ergebnis der Studie lässt sich anhand der Fallstudien auf folgende Kernaussagen verkürzen: Produktivgenossenschaften betreiben keineswegs weniger Selbstfinanzierung als andere Unternehmen und die Anstellung abhängig Beschäftigter bleibt im Durchschnitt begrenzt, vielmehr teilen die bisherigen Genossenschaftsmitglieder ihren Status mit neu hinzukommenden arbeitenden Mitgliedern.

Das Buch ist aufgrund der wissenschaftlichen Fachsprache keine leichte Kost. Für zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Anhänger einer Selbstorganisation in Wirtschaft und Gesellschaft ist es aber trotzdem eine spannende Anregung. Es macht Mut, die Organisationsform aufgrund ihrer demokratischen Ausprägung zu nutzen. Der Autor gibt Hinweise zu sinnvollen Einsatzmöglichkeiten, z.B. wenn Belegschaften in klein- und mittelständischen Unternehmen den Betrieb ohne Chef fortführen wollen. Eine Lösung, die mittlerweile auch in Deutschland in Gewerkschaften und Genossenschaftsverbänden wieder diskutiert wird. Hierzu finden sich bei Schimmele einige Anregungen.

Herbert Klemisch

Clemens Schimmele; Zur Organisation demokratischer Unternehmen - Eine Studie erfolgreicher Produktivgenossenschaften in den USA; Springer Gabler Verlag, Wiesbaden 2019, 481 Seiten, 64,99 Euro

RECHTSRATGEBER FÜR INITIATIVEN



Aus der praktischen Arbeit in und mit Selbsthilfegruppen habe sich vor gut zehn Jahren gezeigt, dass es keinen übersichtlichen Leitfaden für juristische Fragestellungen gegeben habe, sagt die Autorin Renate Mitteleger-Lehner. Sie ist selbstständige Anwältin für Familienrecht und ehrenamtlich in einer Münchner Stadtteil-Selbsthilfegruppe sowie als Fachreferentin aktiv. Inzwischen ist ihr Ratgeber-Buch in der dritten Auflage erschienen und habe sich als juristisches Standardwerk etabliert.

Auch wenn mit dem Buchtitel nur Selbsthilfegruppen angesprochen werden und die Autorin oft die Fragestellungen von Gesprächskreisen bei chronischen Erkrankungen erörtert, sind viele der Themen beispielsweise auch für aktivistisch orientierte Mietergruppen oder lose Klima-Initiativen relevant: Wer tritt nach außen auf? Wer unterschreibt einen Mietvertrag? Wer ist für den Flyer presserechtlich verantwortlich? Die Autorin will zwar detailliert auf die Fragestellungen eingehen, aber gleichzeitig den LeserInnen »keine einengende Reglementierung entgegenzusetzen, sondern im Gegenteil mögliche Unsicherheiten verringern, um die Eigeninitiative zu bestärken und zu befördern«. Diese Gratwanderung gelingt meistens gut, da der Praxisbezug der Autorin spürbar ist.

Der Ratgeber ist übersichtlich in fünf Abschnitte gegliedert, wobei der Schwerpunkt im ersten Teil bei den Rechtsformen liegt. Die Autorin argumentiert dabei ausführlich, dass eine Initiative oder Selbsthilfegruppe nicht »einfach nur eine Gruppe« sei, sondern meistens als eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts gelte. Die dafür existierenden Rechte und Pflichten stellt sie mit ihren Auswirkungen vor, ebenso in Kurzform auch die Vor- und Nachteile anderer Rechtsformen. Im zweiten Abschnitt liegt der Schwerpunkt auf der praktischen Arbeit von Selbsthilfegruppen, dabei geht es um Fragen der Beratungstätigkeit, um mögliche Gesprächsregeln und Verschwiegenheitsfragen. Beispielsweise betont die Autorin mehrfach, dass der Grundsatz des »Erfahrungsaustauschs auf Augenhöhe« unter den Beteiligten immer präsent sein sollte.

Der dritte Abschnitt zum Datenschutz und zur Öffentlichkeitsarbeit ist in der Neuaufgabe aus Aktualitätsgründen aufgenommen worden. Erfrischend sachlich und unaufgeregt werden hier die neuen Regelungen mit ihren Auswirkungen besprochen. Im vierten und fünften Abschnitt geht es um Geld und Versicherungen, unter anderem also darum, wie ein Gruppenkonto eingerichtet werden kann sowie wann wessen Haftpflicht- oder Unfallversicherung einspringen sollte.

Auch wenn sich die teilweise trockene Materie kaum zur Lieblingslektüre von aktionsorientierten Gruppen mausern wird, bietet der Ratgeber doch ein hilfreiches Nachschlagewerk mit vielen praktischen und nützlichen Tipps.

Peter Streiff

Selbsthilfzentrum München, Renate Mitteleger-Lehner (Hrsg.): Recht für Selbsthilfegruppen - ein Leitfaden für die Praxis. 3. aktualisierte und erweiterte Auflage, 201 Seiten, AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, 2019, 19,50 Euro

BLAUPAUSE WEST



Das vielgelesene Buch von Steffen Mau mischt im Stile Eribons autobiografische Erinnerungen unter die soziologische Analyse. Der Professor für Makrosoziologie in Berlin beschreibt das Rostocker Neubaugebiet »Lütten Klein« aus der Innenperspektive, schließlich wuchs er dort auf. Zur Wendezeit war Mau Soldat bei der NVA, wo sich Soldatenräte bildeten. Im Herbst 1990, mit fast 22 Jahren, begann er ein Soziologie-Studium an der Humboldt-Universität in Ostberlin. Wie Tausende andere zog er im Prenzlauer Berg in eine verlassene Wohnung ein. »Die Phase der Durchlüftung und der vielen unverhofften Möglichkeiten endete dann für mich nicht mit der Wiedervereinigung, sondern mit dem massiven Polizeieinsatz bei der Räumung der Mainzer Straße in Berlin-Friedrichshain im November 1990.«

Sehr fundiert ist seine soziologische Analyse zum Leben der Ostdeutschen vor und nach 1989. Der erste Teil des Buches widmet sich dem Leben in der DDR. Mau beleuchtet die Wohnungsfrage, die blockierte soziale Mobilität, die Lebensführung im »Land der kleinen Leute«, die Familie und Privatheit, den Einschluss nach innen und die Abschottung nach außen sowie die »formierte Gesellschaft«.

Der zweite Teil des Buches heißt »Transformation«. Kaum jemand sah das abrupte Ende der DDR voraus, aber es gab »Indizien für eine Häufung von Problemen«. Die ökonomische Stagnation war ein wesentlicher Faktor und auch ideologisch hatte das System abgewirtschaftet. Immer mehr Menschen wanderten ab oder äußerten Widerspruch. Die Massentalent schmolz rapide dahin. »Es dauerte nur wenige Monate, ehe die Mechanismen der politischen Verriegelung wieder einrasteten.«

Die »Blaupause West« wurde auf den Osten übertragen. Die ostdeutsche »Gesellschaft der Habenichtse« unterschichtete den Westen, der westdeutsche Elitentransfer überschichtete die Sozialstruktur des Ostens. Der Autor beschreibt Aspekte wie Geburtenknick, Abwanderung und Männerüberschuss ebenso wie die mentale Verfasstheit und die »Verwilderung des sozialen Konfliktes«. »Vieles, was uns als »Kulturkampf« erscheint, ist ökonomisch grundiert. Man sieht Zuwanderer als »Vordränger in der Warteschlange« und fragt sich, warum die eigenen Anliegen so wenig Berücksichtigung finden.« Für meinen Geschmack wirft der Autor einen zu starken Blick auf die Normalbürger*innen, die Opfer des DDR-Systems finden genauso wenig Beachtung wie zum Beispiel die Opfer des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen.

Steffen Mau resümiert: »Die Windungen linksliberaler Identitätspolitik sind die Sache vieler Ostdeutscher nicht, viel eher erkennen sie sich in den traditionellen sozialen Fragen wieder oder machen sich den Schließungsdiskurs der Rechtspopulisten zu eigen.« Der Autor versteht das Buch als »Einladung zur Reflexion«. Leider fehlt die Antwort auf die Frage »Was tun?«. Trotzdem ein sehr lesenswertes Buch

Anee Seeck

Steffen Mau: Lütten Klein, Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, 285 Seiten, 22 Euro

ZUKÜNFTIGE ARBEIT



Was wird aus der Arbeit, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst – oder nicht mehr wachsen soll? Das ist das Thema des vorliegenden Buches. Die Antwort der Herausgeberinnen lautet: Aus der Erwerbsarbeit muss ein »Tätigsein« werden. Was Tätigsein ist oder sein kann, erfahren wir, wenn wir dieses Buch lesen.

Seidl und Zahrt haben vor zehn Jahren im selben Verlag ein Buch mit einem ähnlichen Titel veröffentlicht: »Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft«. Nun legen sie nach, indem sie einen Schwachpunkt des Diskurses um Nachhaltigkeit und Postwachstum aufgreifen, nämlich die Gestaltung der Arbeit in einer Postwachstumsgesellschaft.

Ihre zentrale These lautet: »Soll sich unsere Gesellschaft aus der Fixierung auf Wirtschaftswachstum und Erwerbsarbeitsplätze lösen, muss das Erwerbsarbeitsystem umgebaut werden.« Erwerbsarbeit darf nicht weiter ein so großes Gewicht haben und die Abhängigkeit des Sozialsystems von der Erwerbsarbeit muss verringert werden. Dies ist, für sich genommen, schon ein hehres Ziel, das aber begleitet werden muss von einem anderen Verständnis von Arbeit, das neben der Erwerbs-, Sorge- und Freiwilligenarbeit, Selbstversorgung und andere Formen der Nicht-Erwerbsarbeit berücksichtigt und diesen einen höheren Stellenwert zuweist.

Die Publikation gliedert sich neben dem einleitenden Artikel von Seidl und Zahrt in vier Kapitel. Der erste Teil ist mit »Grundlegendes« überschrieben und beinhaltet drei Beiträge, die sich u.a. mit der geschichtlichen Entwicklung von Arbeit (Komlosy) sowie der Neubewertung von Arbeit befassen (Gerold). Teil Zwei beschreibt AkteurInnen einer Neuinterpretation von Arbeit als »Tätigsein«, so der verbindende Begriff für das neue Narrativ des hier vorliegenden Bandes. Das Kapitel beschreibt in vier Beiträgen die Rolle von vier AkteurInnen zu dieser neuen Form des Arbeitens, dem Tätigsein: Die Rolle der Konsument*innen (Fischer/Stieß), der Unternehmen (von Jorck/Schrader), der Gewerkschaften (Reuter) und von freigeinnützigen Einrichtungen (Wehner).

Kapitel 3 analysiert konkrete Bereiche des Tätigseins: Dies sind die Sorgearbeit, die Landwirtschaft und die Digitalisierung. In den drei Aufsätzen zu Kapitel 4 wird der sozioökonomische Kontext bearbeitet. Dort geht es um das Thema soziale Sicherung, ein Abgabensystem, das die Arbeit fördert. Dieser Teil wird mit einem Exkurs zur Arbeit in Entwicklungs- und Schwellenländern abgeschlossen.

Das von Seidl und Zahrt herausgegebene neue Buch ist absolut empfehlenswert. Es ist voll anregender Ideen zur Art und Weise, wie Wirtschaft und Gesellschaft sich in Zukunft entwickeln werden oder entwickeln sollten. Der Begriff »Tätigsein« könnte im allgemeinen Sprachgebrauch heimisch werden, wenn es darum geht, die Postwachstumsgesellschaft arbeitspolitisch zu gestalten.

Herbert Klemisch

Irmis Seidl / Angelika Zahrt (Hrsg.): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft; Metropolis Verlag, Marburg 2019, 262 Seiten, 18 Euro

BETRIEBSBESETZUNGEN UND SELBSTVERWALTUNG



Seit Jahren beschäftigt sich Dario Azzellini mit der ArbeiterInnenselbstverwaltung. Jetzt gibt er einen guten Überblick über selbstverwaltete Betriebe in Frankreich, Italien, Griechenland, Brasilien, Argentinien, Venezuela, Ex-Jugoslawien, den USA, der Türkei und Ägypten.

Azzellini verwendet in dem Buch durchgehend den Terminus »rückeroberte Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle« (RBA) und führt den Begriff in der Einleitung so ein: »Als RBA werden Betriebe bezeichnet, die zuvor als kapitalistisches Unternehmen existierten und deren Schließung oder Bankrott zu einem Kampf der ArbeiterInnen um eine Übernahme unter ArbeiterInnenselbstverwaltung geführt hat« (S.8). Vorbild für viele der vorgestellten Betriebe war Argentinien. Dort wurden während der Krise um 2001 gleich mehrere Betriebe besetzt. Die KollegInnen machten einen Prozess durch, den Azzellini bei allen von ihm beschriebenen Betrieben beobachtet hat: »Im Laufe des Kampfes entwickeln und übernehmen die meisten Betriebe egalitäre und direktdemokratische Praktiken und Strukturen und bauen Beziehungen zu anderen sozialen Bewegungen und kämpfenden ArbeiterInnen auf.« (S.9) Besonders aktiv ist die Belegschaft der Seifenfabrik Vio.me in Griechenland, deren Produkte mittlerweile ebenso in Deutschland bestellt werden können, wie die Biotees der RBA Scop Ti, vorher Fralib in der Nähe von Marseille. Azzellini beschreibt den langen Kampf der Belegschaft gegen die drohende Schließung, der bei den verbliebenen ArbeiterInnen zu einem gesteigerten Selbstbewusstsein geführt hat: »Wir haben uns gegen Milliarden erhoben. Sie haben gesagt, dass wir verrückt sind. Aber letztlich hat sich unser Wahnsinn ausgezahlt«, wird im Buch ein Beschäftigter zitiert (S.28).

Doch um überleben zu können, müssen sich die Betriebe auf dem Markt behaupten. Azzellini geht auf diese Problematik ein und formuliert sehr vorsichtig, »dass die RBA weder ihre Beziehungen zum Markt noch zum Staat auflösen können« (S.111). Schade, dass er auf die Alltagsprobleme von selbstverwalteten Fabriken im Kapitalismus nicht noch ausführlicher eingeht. Das gilt auch für das Kapitel zu den rückeroberten Betrieben in Venezuela. Schließlich hat Azzellini bei der Beurteilung des bolivarianischen Prozesses nach dem Regierungsantritt von Chavez das Augenmerk auf die Selbstorganisation von Teilen der Bevölkerung in den Stadtteilen, aber auch in den Fabriken gelegt. Gerade in einer Zeit, in der fast in allen Medien nur von der Krise in Venezuela die Rede ist, stellt sich die Frage, welche Rolle diese Ansätze von Selbstorganisation der Bevölkerung heute in dem Land spielen. Daher enttäuscht es etwas, wenn das entsprechende Kapitel mit dem Satz eingeleitet wird: »In Venezuela ist die Situation wiederum ganz anders und viel zu komplex, um hier umfassend dargestellt werden zu können« (S.87). Diese Kritik schmälert allerdings nicht Azzellinis Verdienst, in seinem Buch einen guten Überblick über selbstverwaltete Betriebe zu geben.

Peter Nowak

Dario Azzellini: Vom Protest zum sozialen Prozess. Betriebsbesetzungen und Arbeiter in Selbstverwaltung, VSA-Verlag, Hamburg 2018, 150 Seiten, 12,80 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

ANARCHIETAGE

Klimakrise! Widerstand und Perspektiven

7. bis 9. Februar (Winterthur)

Auch dieses Jahr wird natürlich alles getan, um mit einem vielfältigen Angebot an Workshops, Vorträgen und Diskussionen genug Material zum Nachdenken und Debattieren bieten zu können. Wie wäre es denn beispielsweise mit einer antikapitalistischen Analyse des Systems, dem wir Hitzesommer und Naturkatastrophen zu verdanken haben? Betrachtungen zum spannungsgeladenen Verhältnis zwischen dem Menschen und seiner Umwelt und das revolutionäre Potential, das daraus erwachsen könnte? Widerstand verstanden als politisches Happening? Einem Blick an den rechten Rand der Umweltbewegung? Oder einem Austausch darüber, wie wir nachhaltig aktiv bleiben können?
Orte: siehe Programm
Info: <https://anarchietage.ch/2020/>

KINO

Filmtage zum Recht auf Nahrung

12. bis 15. März 2020 (Wien)

Die Filmtage »Hunger.Macht.Profite.10« informieren, analysieren und zeigen Alternativen auf. Mittels gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Dokumentarfilme zu Ernährung und globalisierter Landwirtschaft werden strukturelle Ursachen von Hunger, Unter- und Mangelernährung, das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssouveränität in verschiedenen Kontexten aufgegriffen.

Ort: ÖBV - Via Campesina Austria, Schwarzschanerstraße 15/3/1, 1090 Wien
Info: <https://www.viacampesina.at>

THEATER

»Wie geht es weiter - Die gelähmte Zivilgesellschaft«

16. März, 19:30 Uhr (Wien)

Theatermacher Martin Gruber und sein mehrfach ausgezeichnetes »aktionstheater ensemble« skizzieren darin eine Gesellschaft zwischen Sattheit und Prekariat, deren Leidensdruck noch zu gering ist, um gegen einen gefährlich infantilen Rechtspopulismus und Nationalismus aufzubegehren. Eine Gesellschaft, die das Opponieren zwischen dem Menschen und seiner Umwelt und das revolutionäre Potential, das daraus erwachsen könnte? Widerstand verstanden als politisches Happening? Einem Blick an den rechten Rand der Umweltbewegung? Oder einem Austausch darüber, wie wir nachhaltig aktiv bleiben können?
Ort: *WERK X, Oswaldgasse 35A, 1120 Wien*

Info: <https://werk-x.at/premieren/wie-geht-es-weiter-30-jahre-aktionstheater-ensemble/>

VORTRAG

Einführung in das Konzept von Sozialer Ökologie

17. März, 19 Uhr (Berlin)

Murray Bookchin war einer der wichtigsten Vordenker einer sozialen Ökologie in den 1960er Jahren, einer Sicht der Ökologie, die neben den Naturaspekten auch immer die Gesellschaft und die gesellschaftlichen Verhältnisse in seine Analysen einbezog. Im Vortrag wird die Philosophie Murray Bookchins vorgestellt und in Bezug auf dessen Aktualität thematisiert.
Ort: *VHS Pankow, Schulstraße 29, 13187 Berlin*
Info: <https://www.vhsit.berlin.de/VHSKURSE/BusinessPages/CourseDetail.aspx?id=553437>

MIETENDEMO

Housing Action Day 2020

28. März (Europaweit)

Immer mehr teure Neubauwohnungen treiben die Mietpreise in die Höhe, der Bestand an Sozialwohnungen nimmt stetig ab. Das »Aktionsbündnis gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung«, ein bundesweiter Zusammenschluss von Mieter*inneninitiativen und Recht auf Stadt-Gruppen, ruft dazu auf, sich in möglichst vielen internationalen »Housing Action Day« zu beteiligen. Unter dem Motto »Wohnen für Menschen statt

für Profite!« werden an diesem Tag in ganz Europa Initiativen und Gruppen gegen steigende Mieten, Verdrängungsprozesse und Zwangsrumrungen auf die Straße gehen. Neben dem Protest gegen die herrschende Wohnungspolitik sollen dabei auch solidarische Alternativen sichtbar gemacht werden.
Orte: *Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Stuttgart und überall.*
Info: www.housing-action-day.net

GEMEINSCHAFT

Interkommune-Seminar

30. April - 3. Mai (Oberkaufungen)

Ihr habt Interesse an Kommune, könnt euch aber noch nicht so richtig vorstellen, wie das Leben in Kommune aussieht? Ihr wollt in eine Gemeinschaft einsteigen oder selbst eine Kommune gründen? Ihr wollt euch informieren über gemeinsame Ökonomie und Entscheidungen im Konsens? Ihr wollt euch mit Menschen austauschen, die in Kommune leben oder darüber nachdenken?
In dem Seminar werden unter anderem die Themen: Gemeinsame Ökonomie, Konsens, Ökologie, Soziales & Kommunikation, Arbeit bzw. Tätig sein sowie unser linkes Politikverständnis behandelt. In Workshops geben Kommunitar*innen ihre Erfahrungen weiter und stehen für eure Fragen zur Verfügung.

Ort: *Lossehof, Oberkaufungen und vom 15. - 18. Oktober bei: Lebensbogen, Zierenberg*
Info: <https://www.kommuja.de/interkommune-seminar-in-der-region-kassel-2020/>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

HERAUSGEBER **contraste**, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.

Schönfelderstr. 41A 34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

- BERLIN:** Ulrike Kumpe
ulrike.kumpe@contraste.org
- BREMEN:** Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contraste.org
- ELBSANDSTEINGEBIRGE:** Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org
- FREIBURG:** Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de
- GÖTTINGEN:** Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contraste.org
- HAMBURG:** Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de
- KASSEL:** Regine Beyß
regine.beyss@contraste.org
- KÖLN/BONN:** Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org

- Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org
- SPROCKHÖVEL:** Uli Frank
ulifrank@unverdient.de
- STUTTGART:** Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de
- ÖSTERREICH:** GRAZ: Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at
- KLAGENFURT:** Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contraste.org

HERSTELLUNG

ANZEIGEN
Kai Böhne
anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG

Eva Schmitt
abos@contraste.org

BILDREDAKTION

Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT

Eva Sempere
layout@contraste.org

TERMINE

Hans Wieser
termine@contraste.org

IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.coop>
webmaster@contraste.org

DRUCK

Freiburger Druck GmbH und Co KG

facebook:
Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: [@contraste_org](https://twitter.com/contraste_org)
Mailingliste: <http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste>

ANZEIGEN

Dein Abo zur rechten Zeit.

junge Welt stärken:
www.jungewelt.de/dein-abo
oder unter: 030/53 63 55-80

DIE TAGESZEITUNG junge Welt

GEGRÜNDET 1949 MITTWOCH 28. JUNI 2019 NR. 147 1,00 EURO (DEU) 1,80 EURO (LAT), 2,30 CHF (CH), 1,957 ARD02 (ENTGÜLT BEZAHLT) WWW.JUNGEWELT.DE

Pseudoprobleme 3 Zusammenstoß zwischen israelischer Armee und palästinensischer Widerstandsbewegung Ein Gespräch mit Ilse Wenzel

Asozialstaat 5 Bundespräsident und Arbeitsagentur: «Keine Stellen für Flüchtlinge» Ein Gespräch mit Ilse Wenzel

Krisenherd 9 17 Milliarden Euro: An den Grenzen der Welt

Lederhosen 12 «Crown»-Hosen aus dem 19. Jahrhundert

Mit Handicap 12 Ein Gespräch mit Ilse Wenzel

UN-Vetorendeckelung 12 Ein Gespräch mit Ilse Wenzel

Mit Fake News in den Krieg US-Administration redet neuen Giftgasinsatz in Syrien herbei, Russland wirft Washington Unterstützung der Terroristen vor. Von Kurt Mellentin

BRANDaktuell

Kommunale KLIMA Politik

Alle reden über das Klima - aber wie geht kommunale Klimapolitik? Wie sieht es mit der Klimapolitik von CDU/CSU und SPD aus? Die Landesparlamente und Kommunen sind auch schon um die Umsetzung von den Klimaziele! Und wie kann unsere Politik aussehen?

Dieser Artikel enthält gute Argumente, Fakten, Hintergründe und setzt Prioritäten. Das Buch erklärt Strukturen und Strategien, thematisiert die Chancen und gibt viele Ideen zum Handeln.

erschienen 2019, 128 S., 14,90 € (inkl. MwSt.), 11 Euro (inkl. MwSt.) e-Book

Bestellen Sie direkt bei uns:

Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.
Luisenweg 40 | 33602 Bielefeld
Tel. 0521 377517 | Fax 0521 377508
akp@redaktion.de
www.akp-redaktion.de

BAYER

Was geht MICH denn BAYER an?

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte scannen

Name: _____ Vorname: _____

PLZ, Ort: _____

☐ Ja Nein

Cooperation gegen BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
D-40081 Oüsseldorf
Deutschland
info2@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor.

Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

koordination@contraste.org

KLEINANZEIGE

BEKANNTMACHUNG UND GLÄUBIGERAUFUF

TRION Geldberatungsgenossenschaft eG i.L., Hamburg - GenR 970 * Amtsgericht Hamburg

Durch Beschluss der Generalversammlung vom 21.12.2019 ist die Genossenschaft zum 01.01.2020 00:00 Uhr aufgelöst. Die Gläubiger der Genossenschaft werden aufgefordert, ihre Ansprüche bis zum 31.01.2021 bei Herrn Burkhard Zirkel (Liquidator) Rhönstr. 1A, 97705 Burkardroth, schriftlich anzumelden. Burkardroth, den 02.01.2020 - gez. B. Zirkel